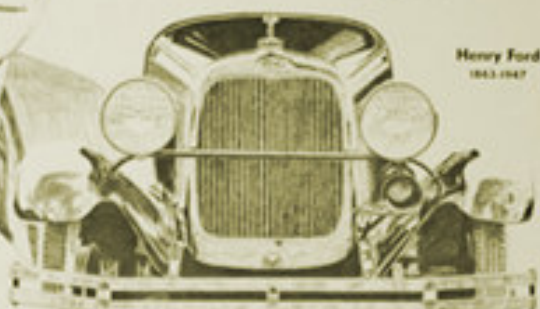




# Model "A" Fords

"You Can't Build A Reputation  
On What You're Going To Do"

Henry Ford  
1863-1947



The Model A Ford is the most popular car in the world today. It is the most reliable, most economical, and most practical car ever built. It is the car that has made Ford the world's most famous automobile.

The Model A Ford is built on a new chassis that is stronger and more durable than any other car of its class. It has a new engine that is more powerful and more efficient than any other engine of its class. It has a new transmission that is smoother and more reliable than any other transmission of its class. It has a new steering system that is more precise and more responsive than any other steering system of its class. It has a new suspension system that is more comfortable and more stable than any other suspension system of its class. It has a new braking system that is more powerful and more reliable than any other braking system of its class. It has a new electrical system that is more efficient and more reliable than any other electrical system of its class. It has a new body that is more spacious and more comfortable than any other body of its class. It has a new interior that is more attractive and more practical than any other interior of its class. It has a new exterior that is more stylish and more durable than any other exterior of its class. It is the car that has made Ford the world's most famous automobile.



*The World's Most Famous Automobile*

# Die Zeit, die uns bleibt

Von Robert Zion

## Abschließende Vorbemerkung

„Die allgemeine Erkenntnis, dass Wissen zur wichtigsten Produktivkraft geworden ist, hat einen Wandel in Gang gesetzt, der die Gültigkeit der ökonomischen Schlüsselkategorien untergräbt und auf die Notwendigkeit hinweist, eine andere Ökonomie zu gründen.“

André Gorz, 2003<sup>1</sup>

Bei diesem Text handelte es sich für eine gewisse Zeit um eine Art *work in progress*. Zunächst unter dem Titel „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ und im wesentlichen noch auf den analytischen ersten Teil beschränkt in den allgemeinen Diskussionsprozess des Netzwerkes Grundeinkommen, der Grünen im Allgemeinen und der Grünen Linken im Besonderen eingebracht, kristallisierten sich in den Kommentaren, Stellungnahmen und Fragen bald die Stärken und Schwächen des ursprünglichen Textes heraus. Zu seinen Stärken zählte zweifellos, dass er die gegenwärtige Diskussion bei den Grünen über die Zukunft der sozialen Sicherung aus der Ecke einer rein sozialpolitischen Fachdiskussion herausgeholt und in einen allgemeinen Kontext der Transformationen der Ökonomie gestellt hat. Seiner zentralen These, „dass die bedingungslose Garantie der sozioökonomischen Subsistenz des Subjekts der erste Bedarf ist, der erfüllt sein muss, um in Zukunft überhaupt noch die ökonomischen Grundlagen sozialer Sicherheit (re-)produzieren zu können“ (1. Teil, VII), wurde, wie mir scheint, nicht grundsätzlich widersprochen. Bezüglich der systemimmanenten Revolution, die wir erleben, gibt es eine allgemeine, allerdings unscharfe Wahrnehmung, die sich vorerst jedoch noch irritierend auswirkt und dazu

führt, wie bereits Dietmar Lingemann anmerkte, „dass ein freiwilliges Infragestellen von scheinbaren Gewissheiten unbewusst abgelehnt wird“.<sup>2</sup>

Beispielhaft hierfür sei folgende Reaktion von Paul Humann angeführt: „Heißt das, dass das bedingungslose Grundeinkommen nicht *Folge* des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums ist, sondern *Voraussetzung* für die Erarbeitung dieses Reichtums? So wie also, nach Marx, die erste industrielle Revolution zur Voraussetzung hatte, dass an die Stelle des Leibeigenen der ‚freie‘ Arbeitskraftanbieter trat, so erfordert die neue Wissensökonomie das befreite Individuum, und das Mittel der Befreiung wäre das bedingungslose Grundeinkommen, das den einzelnen in den Stand setzt, ob er und was er arbeiten will. Ein faszinierender Gedanke, aber, um einen grünen Altvorderen zu zitieren: ‚I’m not convinced‘, zumindest ‚not yet‘.“

Dieses Spannungsfeld zwischen Faszination und Ablehnung, so meine Interpretation, ist ein gesamtgesellschaftliches, das sich gegenwärtig zwischen den Polen von reiner Affirmation und Fundamentalkritik organisiert. Und es sind gerade die Grünen, die, da ihr Grundduktus nach wie vor der einer Alternative zum überkommenen industriegesellschaftlichen Produktions- und Konsumptionsbegriff ist, diesen gesellschaftlichen Konflikt zur Zeit als Partei intern austragen. Oberflächlich betrachtet mag dieser Konflikt entlang traditioneller Linien von Fundis (Kritik) und Realos (Affirmation) verlaufen, in Wirklichkeit jedoch geht es schlicht um einen Generationenwechsel in der Partei. Denn, wird also die gegenwärtige Transformation der Ökonomie und der damit einhergehende Zusammenbruch des sozialstaatlich-keynesianischen Arrangements durchaus auch von der Gründergeneration wahrgenommen, so verbindet sich doch damit gleich eine zweifache narzisstische Kränkung, eine nachträgliche

Delegitimation eigener politischer Identitäten. Zum einen fällt genau das, gegen das sich die Gründergeneration in dem schwierigen Prozess von der Bewegung zur Partei stets gestellt hat, heute von selbst in sich zusammen; zum anderen erweist sich der in der Regierungszeit mitgestaltete „dritte Weg“ von *new labour*, von *workfare* statt *welfare*, zunehmend als Holzweg.

Die Gründergeneration hat einen Zyklus von Fundamental- kritik und reiner Affirmation durchlaufen und steht heute vor dem Problem, keine Kontinuitäten mehr organisieren zu können, sondern Diskontinuitäten zulassen zu müssen. Sie steht vor der Situation, dass sich ein normalisiertes Verwaltungshandeln an der Spitze zunehmend mit einer Rückkehr des Politischen von der Basis her konfrontiert sieht, mit dem Heimweh nach der Zukunft, mit Utopien und grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungsansprüchen. Beiden „Seiten“, den Funktions- und MandatsträgerInnen der Gründergeneration und den Post-68ern der Basis, geht es dabei darum, „was der Fall der ist“ (*ta pragmata*), um die pragmatische Definition des Politischen.

*Besteht das Politische heute noch im Staat und in der Organisation seiner übergeordneten transnationalen und untergeordneten institutionellen Elemente, oder ist es vielmehr eine Art Leerstelle geworden, die es mit vollkommen neuen Institutionen und Formen der Gemeinschaft, der Arbeit, der Demokratie und der sozialen Sicherheit zu füllen gilt?*

Diese Frage ist die Schlüsselfrage unserer Zeit. Michael Hardt und Antonio Negri haben dieses Spannungsfeld des Politischen heute in „Empire“<sup>3</sup> anhand der Begriffe von *Generation* und *Korruption* entfaltet. *Generation*, das ist zunächst „die Aktualisierung menschlicher Kooperation bei

der Gestaltung von Geschichte. Diese Produktion ist schlicht und einfach menschliche Reproduktion, die Macht der Erzeugung oder Generation (*generatio*).“ Und tatsächlich ist es so. Denn, „sind die Gesellschaften als ganzes in Produktion gesetzt (Produktion von allem durch alle) und verwandelt sich Arbeit weltweit tendenziell in gesellschaftliche Arbeit“ (1. Teil, VII), dann entsteht das Politische unterhalb der überkommenen politischen Institutionen als neues Projekt, als neue Sprache, als neuer Entwurf. Dem gegenüber steht nach Hardt/Negri die *Korruption* als „schlichte Negation“ der *Generation*, „sie ist Zeichen für die Unmöglichkeit, Macht und Werte miteinander zu verbinden.“

Der allgemeinen *Korruption*, dem Überdecken des vollkommenen Fehlens von positiven Entwicklungsperspektiven im globalen Marktkapitalismus, entsprechen die neuen postmodernen Formen institutioneller Politik, es sind dies nach Lyotard „Verwaltungsstrategien, Kriege und Polizeieinsätze.“<sup>4</sup> Die *Korruption* löst gesellschaftspolitische Zielvorstellungen ständig in reine Machtoptionen auf, verschleiert so Zusammenhänge, sie reorganisiert Selbstbezüglichkeiten und Einzelinteressen von gesellschaftlichen Gruppen, von politischen Institutionen, von ökonomischen Akteuren, von Nationen und von Regionen. Im Prinzip das genaue Gegenteil einer „Rückkehr der Geschichte“<sup>5</sup>, simuliert die *Korruption* national wie global „Politik“ als „Interessenpolitik“, teilt und herrscht, ordnet und ordnet zu, trennt und negiert und *verhindert* so jene „Aktualisierung menschlicher Kooperation bei der Gestaltung von Geschichte.“ Die Regierungsform dieser postmodernen „Politik“ nannte Johannes Agnoli bereits 1998 präzise „konstitutionelle Oligarchie.“<sup>6</sup>

In der Außenpolitik aber auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bricht zur Zeit bei den Grünen dieser Riss zwischen *Korruption* und *Generation*, zwischen Macht und

Werten, zwischen Verwaltungshandeln und Gestaltung der Geschichte, als ein horizontaler, zwischen oben und unten trennender Riss offen auf. Die Debatte etwa um die Qualität und Quantität deutscher Beteiligung an globalen Kriegseinsätzen niederer, bzw. Polizeieinsätzen höherer Intensität, unterscheidet sich bei den Grünen gegenwärtig nicht von der Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherung. Beide organisieren sich um den oben dargestellten Riss als Debatten um das eigentliche Subjekt der Politik und um dessen Gestaltungsfähigkeit. Dabei gerät die Partei in Gefahr, jetzt wieder die Kämpfe von Morgen in den Kostümen von Gestern auszutragen, und in ihren alten Duktus des Gegensatzes von Utopismus und Realismus zurückzufallen.

Denn tatsächlich haben sich die Grünen diesen Gegensatz in ihrer kurzen Geschichte stets selbst als künstlichen organisiert und darüber zeitweilig vergessen lassen, dass sie als Partei im Grunde stets die Rolle eines Sammelbeckens und Transformators gesellschaftlicher Veränderungen gespielt haben. Darum auch hängt die Zukunft der Partei als eigenständige politische Kraft heute wesentlich von der Beantwortung zweier Fragen ab. Gelingt es den *heutigen* heterogenen Strömungen aus der Basis, aus der Mitglieder- und Wählerschaft eine gemeinsame Sprache und Zielvorstellungen zu finden, die die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüche in ein neues politisches Projekt umzuwandeln vermag? Und schaffen es die Funktions- und MandatsträgerInnen aus der Gründergeneration sich von den Verlockungen der Korruption, der Macht und des Verwaltungshandelns zu lösen? Beide Antworten stehen noch aus. Zur Beantwortung zumindest der ersten Frage sollte dieser Text beitragen.

An dieser Stelle allerdings offenbarte sich auch eine grundlegende Schwäche des ursprünglichen Textes. Diese zeigte

sich in seiner gedrängten Form und zum Teil zu voraussetzungsvollen Sprache. Dem wurde nun versucht mit Verdeutlichungen an einigen Stellen und einem umfangreichen Anmerkungsapparat Abhilfe zu leisten. Gleichwohl konnte es dabei nicht darum gehen, das zu entwerfende neue politische Projekt auf „Umsetzbarkeiten“ im gegenwärtigen institutionellen Verwaltungshandeln hin zu entwerfen. Vielmehr muss dieses Projekt an den gegenwärtigen Widersprüchen dieses Verwaltungshandelns ansetzen und in die sich dort auftuenden Lücken stoßen. Es geht also nicht um die „Umsetzung“ einer neuen Sozialstaatstechnik, sondern um die *Durchsetzung* einer geschichtlichen Bewegung und um die Identifikation und Beförderung der darin liegenden emanzipatorischen Potenziale und damit auch um eine Rückgewinnung des Politischen. Es geht darum, dem sich nur noch um sich selbst drehenden globalen Marktkapitalismus und den darin aufgehenden nationalen und postnationalen Institutionen nach Vorne zu entfliehen, darum, sich als einzelnes Subjekt und als Gesellschaft wieder die Zukunft anzueignen.

Die „Wissensgesellschaft“ wird eine *neue Gesellschaftsform* sein, da sie eine neue Ökonomie und einen neuen Begriff von Arbeit hervorbringt. Jetzt auf die *politische* und *soziale* Verfasstheit dieser neuen Gesellschaftsform bewusst zuzusteuern und diese nicht einfach nur geschehen zu lassen, wird Parteipolitik in den gegenwärtigen Institutionen höchstwahrscheinlich nicht einfacher machen, mit Sicherheit aber spannender und lebendiger. Darum gilt abschließend auch all jenen mein Dank, die diesen Text positiv aufgenommen und ihn mit Kommentaren und Vorschlägen zum politischen Leben erweckt haben, insbesondere Dietmar Lingemann, Ludger Volmer, Paul Humann, Ronald Blaschke, Michael Opielka, Friedrich Naehring und Joachim Behnke.

## **1. Teil**

# **Die ökonomischen Transformationen als Zeichen des Übergangs**

### **I. Einleitende These**

Zunächst eine vielleicht provokant erscheinende These: Unser Sozialstaat ist nicht mehr zu halten. Dafür gibt es kulturelle, politische, ökonomische Gründe. Und da die ökonomischen Gründe alle anderen bedingen, wird dieses Diskussions- und Thesenpapier die Möglichkeit, ja Notwendigkeit eines völlig neuen Sozial(staats-)paradigmas vorwiegend ökonomisch ableiten. Es ist gerade ein Grundfehler der aktuellen Diskussion im Allgemeinen und bei den Grünen im Besonderen, dass die Forderung nach neuen Konzepten der sozialen Sicherheit vorwiegend normativ („moralisch“) abgeleitet und die Aspekte der Ökonomie, wenn überhaupt, dann nur als mögliche Auswirkungen etwaiger Veränderungen dargestellt werden.

Tatsächlich aber verändert sich unsere Ökonomie, unbeachtet des Hinterhinkens der (Sozial-)Politik, seit einiger Zeit rasant in ihren Grundfesten: in der Marktsteuerung, in der Produktion, in der Organisation und Definition der Arbeit. Darum gilt es zunächst, die Diskussion vom Kopf auf die Füße zu stellen und zuerst die ökonomischen Bedingungen zu verstehen, auf deren Basis eine wirklich nachhaltige und finanzierbare soziale Absicherung erst möglich ist. „Ökonomie“ bedeutet hierbei nicht etwa „die Wirtschaft“ oder „das Kapital“ im herkömmlichen und auch einschränkenden Sinne, sondern das gesamte (re-)produktive Arrangement, verstanden als Kultur- und Überlebenstechnik unserer Gesellschaften. Ich verwende für das, worauf wir kulturell und politisch in den gegenwärtigen Transformationen der Ökonomie zusteuern den Arbeitsbegriff „Wissensgesellschaft“,



durchaus im Wissen darüber, dass sich die Konturen dieser kommenden Gesellschaftsform noch längst nicht in allen Bereichen deutlich abzeichnen.

## **II. Transformation in der Marktsteuerung**

Bereits 1995 wechselten Wertpapiere im Wert von 1,5 Billionen Dollar alltäglich den Besitzer. Im selben Jahr erreichte der Terminhandel mit Derivaten die Höhe von 41 Billionen Dollar, davon dienten lediglich nur noch geschätzte zwei bis drei Prozent der Absicherung von Industrie und Handel. Heute wird im „Zeitraum“ eines Wimpernschlages in den Vermögenmärkten der gesamte realwirtschaftliche Bestand der Welt verkauft und gekauft, ununterbrochen, Tag und Nacht.

Dieses System ist für sich betrachtet ein reines Informationssystem, das dennoch heute alle anderen ökonomischen Prozesse und Märkte (Arbeitsmärkte, Gütermärkte) – und folglich die darauf bezogenen politischen „Entscheidungen“ – aussteuert. Für den sensiblen Moment in der herkömmlichen Form der Marktsteuerung aufeinander bezogener Finanz-, Güter-, und Arbeitsmärkte, die Investition, d.h. des Re-Inputs des vom Kapital oder vom Staat abgeschöpften Mehrwertes in den Wirtschaftskreislauf, bleibt diese Transformation nicht folgendlos. Selbstverständlich wird noch investiert, doch zunehmend weniger als Bedingung zukünftiger Absatz- und Ertragserwartungen, also als aussteuerndes Moment der „economies of scale“. Die „Veranlassung zur Investition“, die bereits Keynes<sup>7</sup> als neuralgischen Punkt des Marktsystems überhaupt identifizierte, wird selbst zu einer Information unter vielen, die das Unternehmen und der Staat (es geht mittelbar auch immer um öffentliche Investitionen) in das Informationssystem der Vermögenmärkte einspeist. Dort, in den kurzfristigen Prozessen der Vermögenmärkte und nicht

in den langfristigen der „Realwirtschaft“, fällt die Entscheidung über den Erfolg- oder Misserfolg der Investition, ohne dass sich deren Rentierlichkeit real überhaupt erst erweisen muss.

Dieses Aussteuerungssystem verlangt beispielsweise der Deutschen Bank eine Plan-Kapitalrendite von 25% ab. Investitionen, Löhne und der Beschäftigungsstand, das „Alltagsgeschäft“ überhaupt, werden dabei zu reinen Anpassungsvariablen.<sup>8</sup> Die Investition in den realen Wirtschaftskreislauf, heißt das, ist nicht mehr Steuerungsmittel, sie ist fortan nur noch ein Effekt der Wirtschaft. Der Wert der Investition ist nun eine Information, ein Wissen, eine Idee, deren Bewertung unmittelbar an den Vermögenmärkten geschieht. Der Übergang zur „Wissensgesellschaft“ ist in den die Ökonomie steuernden Vermögenmärkten bereits vollständig abgeschlossen.

Das alte sozialstaatlich-keynesianische Arrangement bricht unter dieser Entwicklung zusammen, es wird nicht abgebaut, es bricht zusammen, da ihm seine Instrumente und Steuerungsmöglichkeiten abhanden kommen. Für den Sozialstaat herkömmlicher Prägung wird jeder Versuch des ohnehin immer spärlicheren „deficit spending“, der öffentlichen Investitionslenkung, der sozialstaatlichen und steuerlichen Regulierung zu einem blinden Schlag ins Wasser, dessen Auswirkungen auf die Vermögenmärkte nicht mehr abgeschätzt werden können. Der Sozialstaat wird dadurch ziel- und konzeptionslos und tendiert dazu, die verlorenen Regulierungs- und Steuerungsmöglichkeiten in einem ständigen Reformierungsprozess mit einem Anpassungsdruck auf seine BürgerInnen zu kompensieren. Dadurch delegitimiert er sich jedoch zunehmend selbst. Am Ende bleibt ihm gegenüber seinen BürgerInnen eine wenig erfreuliche Alternative: Er wird gegenüber diesen autoritär oder er zieht sich

von ihnen zurück. Ob dann mit dem Bade des Sozialstaates das Kind der Demokratie mit ausgeschüttet werden soll – noch ist es ein Kind –, muss gerade für die Grünen die Entscheidende Frage in der notwendigen Entwicklung eines neuen Sozial(staats-)paradigmas im internationalen Zusammenhang sein, da die schlechte Alternative, entweder etatistisch-kontrollierend oder marktgläubig-deregulierend, für die emanzipatorisch ausgerichtete Partei im Grunde keine sein darf.

### **III. Transformation in der Produktion**

Die zweite wesentliche Transformation der Ökonomie in der „Wissensgesellschaft“ betrifft die Sphäre der (gesamtgesellschaftlichen) Produktion. In der Tat ist heute die gesamte Gesellschaft in Produktion gesetzt. Nicht mehr der Betrieb ist das Zentrum der Produktion, sondern das ineinander verwobene (vernetzte) produktive Arrangement des Wissens, dessen Anteil an der Wertschöpfung bereits heute 70% beträgt, tritt an dessen Stelle. Werden heute etwa zunehmend Forderungen nach „lebenslangem Lernen“ laut, heißt dies nichts anderes, als lebenslang und ununterbrochen produktiv sein, sich als Betrieb oder einzelnes Wirtschaftssubjekt vernetzen und seinen Wissensinput in den Kommunikationszusammenhang einspeisen zu müssen. An die Stelle der fordistischen tritt die lernende und vernetzte Fabrik, an die Stelle der handelbaren Ware Arbeitskraft der Gesamtmensch als gesellschaftliches Subjekt.<sup>9</sup> Der Mehrwert wird heute als Kommunikationsüberschuss gesellschaftlicher (Wissens-)Arbeit abgeschöpft, d. h. die Akkumulation findet weitestgehend in den Vermögenmärkten statt.

Fällt die Fabrik als Zentrum der Produktion weg, bedeutet dies auch, dass die gesellschaftlichen Institutionen, die in ihrer Aneignung von Arbeits- und Lebenszeitmodellen noch

vollständig auf das Modell der Fabrik ausgerichtet waren – die Familie, die Schule, das Gefängnis, die Kaserne – in eine Krise geraten. Als übergeordnete Institution dieser Institutionen gerät folglich auch der (Sozial-)Staat in eine Legitimationskrise. Die oben genannten Institutionen geraten vor allem deshalb in eine Krise, weil sie ihre Funktion als Kontroll- und Erziehungseinrichtungen verlieren, da ihnen nicht mehr im herkömmlichen Sinne gedient werden kann, sondern sie selbst zu Dienstleistern, zu einem Knotenpunkt im gesamtgesellschaftlichen Produktionszusammenhang werden. Nicht nur diese zentralen Institutionen, nahezu alle werden von dieser Entwicklung erfasst, die öffentliche Sicherheit, das Militär, das Arbeitsamt usw.

Ist die gesamte Gesellschaft in Produktion gesetzt, gibt es tendenziell keinen Ort und keine Zeit der Nicht-Produktion (von Wissen) mehr.<sup>10</sup> Dabei bewahrheitet sich immer mehr die Unhaltbarkeit der Produktionsfaktorentheorie (Arbeit sei – neben Kapital und Boden – nur ein Produktionsfaktor), die nur noch als Rechtfertigungsideologie von Politik und Wirtschaft(-wissenschaften) aufrecht erhalten wird.<sup>11</sup> Ein wirkliches Verständnis der gegenwärtigen Transformation zur „Wissensgesellschaft“, das entscheidend für den Entwurf eines neuen Sozial(staats-)paradigmas ist, lässt sich darum auch heute nicht mehr dadurch erreichen, indem der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang in herkömmlicher Weise in Begriffen der Zirkulation (Waren- und Geldzirkulation, Investition und Konsumtion) beschrieben wird. Vielmehr muss dieser in Begriffen der (Re-)Produktion durch (Wissens-)Arbeit in der internationalen Arbeitsteilung als einzigem neuwertschaffenden Faktor verstanden werden. Dazu bedarf es allerdings zunächst eines genauen Blicks auf den sich grundlegend verändernden Charakter der Arbeit in der „Wissensgesellschaft“.

#### **IV. Transformation der Arbeit**

Ist die gesamte Gesellschaft in (Wissens-)Produktion gesetzt, verliert die Arbeit ihre klassische Funktion der Kommodifizierung und Dekommodifizierung, bzw. der gesellschaftliche Ein- und Ausschlusscharakter von Normarbeit verändert sich, da sich die Transformation zur „Wissensgesellschaft“, während sie in den Vermögenmärkten abgeschlossen und in der Produktion bereits weit fortgeschritten ist, in der Arbeitswelt erst allmählich abzeichnet. Tendenziell und bereits heute hegemonial ist Arbeit gesellschaftliche Arbeit, die ArbeiterIn gesellschaftliche ArbeiterIn<sup>12</sup>, die in von den Finanzmärkten ausgesteuerten Prozessen die Gesellschaft – die verwirtschaftete Gesellschaft oder die vergesellschaftete Wirtschaft – mit (re-)produziert.

Dabei verliert die Arbeit ihren klassischen Charakter als vom Subjekt abgetrennte und handelbare Ware Arbeitskraft und wird zur Arbeit an und mit sich selbst für sich und für andere. Der Input der Arbeit heute in der „Wissensgesellschaft“ ist die Subjektivität, der ganze Mensch als ArbeitskraftunternehmerIn, als „EigentümerIn“ ihrer selbst. Der Begriff und der Zustand der „Arbeitslosigkeit“ im klassischen Sinne verliert daher zunehmend seine Bedeutung. Selbst Begriffe wie „Beschäftigungslosigkeit“ oder „Erwerbslosigkeit“ erfassen nicht mehr die neuen sozialen Problematiken in Bezug auf soziale Sicherheit und Integration in den gegenwärtigen Veränderungen. Ein neues Sozial(staats-)paradigma, das auf die Transformation der Arbeit eine soziale Antwort geben muss, sollte hingegen von den Voraussetzungen ausgehen, dass Arbeit nicht von der Lohn- und Erwerbsarbeit abzukoppeln ist, sondern *sich* entkoppelt, dass Flexibilität – auch die über die Grenzen hinweg – nicht zu erzeugen ist, sondern *sich* erzeugt, dass die Wissens- und

Dienstleistungsgesellschaft nicht herbeizuführen ist, sondern *sich* herbeiführt.<sup>13</sup>

Die gegenwärtigen Antworten unseres Sozialstaates auf die Transformation der Arbeitswelt sind verheerend, da sie noch am Modell Normerwerbsarbeit festhalten und mit diesem dessen Mechanismen der Dekommodifizierung weitertragen, quasi künstlich am Leben erhalten. Statt die Einkommenslosigkeit gesellschaftlicher und integrativer Arbeit zu bekämpfen, bekämpft der Sozialstaat ein Phantom der „Arbeitslosigkeit“, verstanden als „Erwerbs“- und „Beschäftigungslosigkeit“. Statt die gesellschaftliche Arbeit als Arbeit an und mit sich selbst, als subjektivierte gesellschaftliche Arbeit zu fördern, fördert er entsubjektivierte und abhängige „Beschäftigungen“. Statt neue Formen der Integration zu entwickeln (nationale und internationale Zugänge herzustellen und zu vernetzen), etwa in gemeinwohlorientierten Arbeitssektoren<sup>14</sup>, fördert er die Desintegration der Menschen, indem er sie am Gängelband hält und ihrer subjektiven Entscheidungs- und Produktionsfähigkeit und damit ihrer einzigen Zugangschance zur „Wissensgesellschaft“ beraubt. Statt in der Herausbildung neuer Wissens- und Arbeitsformen freie ProduzentInnen in einem emanzipatorischen Prozess zu fördern, fordert er eine forcierte und selektive Vermittlung von „Bildung“ für einen „ersten Arbeitsmarkt“, dessen einstige Anforderungen an Bildung – die statische Vermittlung ökonomisch-technisch verwertbaren Wissens – längst obsolet sind.<sup>15</sup> Ein Sozialstaat in dieser Form demontiert selbst seine Grundlage, seine eigene Reproduktionsfähigkeit. Er produziert vielmehr sein eigenes Klientel, dessen Subjektivität und Freiheit in Ansprüchen falscher Versprechungen des Förderns und sich zunehmend repressiver gebärenden Verwaltungsakten des Forderns verdampft.

Am Ende bleibt nicht viel mehr als das funktionale Chaos einer sozialstaatlichen Menschenverwaltung<sup>16</sup> und die Bestätigung eines Menschenbildes, über das sich Altlinke und Neoliberale einig sind: Freiheit für die Kleinen und Armen geht halt nicht, erst, wenn die Revolution oder der Markt vollendet sind, können diese – vielleicht – auf eine solche hoffen.<sup>17</sup> Gegenwärtig entsteht so eine völlig neuartige Form der Dekommodifizierung, der Abkoppelung des Sozialen von der Arbeit. Bedeutete Dekommodifizierung im herkömmlichen Sinne noch, bestimmten Formen der Arbeit den Charakter der Ware zu nehmen und so soziale Abhängigkeiten zu erzeugen (etwa der „Frauenarbeit“ in der „Vollbeschäftigungsgesellschaft“ der frühen sechziger Jahre), so zeichnet sich heute eine für die Gesellschaften weit folgenreichere Form der Dekommodifizierung, die ich vorerst mit dem Arbeitsbegriff der „Entkommodifizierung“ bezeichnen will, ab: Subjektivität und damit nationaler und internationaler Zugang zu gesellschaftlicher Arbeit wird zu einer (sozial-)staatlich verwalteten Zuordnungseinheit.

## **V. Soziale Sicherheit I**

Soziale Sicherheit, die sozioökonomische Subsistenz des Menschen wird bei uns (noch) an Bedingungen geknüpft, an die „Bereitschaft“ zur Aufnahme jeglicher „nicht sittenwidriger Arbeit“ (Hartz IV), oder allgemein, der „Gesellschaft etwas zurückzugeben“ (so Brigitte Pothmer u.a. im Evaluierungsbericht einer Grünen Arbeitsgruppe zu Hartz IV).<sup>18</sup> Es gilt nicht etwa, sich (selbst) und seinen Platz in der (Wirtschafts-)Gesellschaft zu suchen und zu finden, sondern vielmehr ihn zugewiesen zu bekommen, bei ständiger Androhung der „Entkommodifizierung“, des Entzugs der freien Verfügung über die eigene Subjektivität und damit des Zugangs zu gesellschaftlicher Arbeit. Die nicht entlohnte, gleichwohl (re-)produktive Teilnahme von „Arbeitslosen“ etwa am politischen

Willensbildungsprozess in Parteien oder in Stadtteilprojekten wird nicht als Arbeit akzeptiert und erscheint dem Betroffenen so fast schon als sitten-, weil erwerbsarbeitswidrig. Im Hintergrund dieser neuen Formen der Desintegration steht tatsächlich das, was Ulrich Beck die „Verwandlung der Außenursachen in Eigenschuld, von Systemproblemen in persönliches Versagen“<sup>19</sup> genannt hat, die vermittlungslose Weitergabe des in den gegenwärtigen Umbrüchen entstehenden Rechtfertigungsdrucks auf die Erwerbseinkommenslosen.

Eine neues Sozialstaatsparadigma muss, gerade wenn es ein Grünes und emanzipatorisches sein will, diesen Rechtfertigungsdruck zunächst vollständig von den Betroffenen nehmen, es hat von diesen nichts zu fordern sondern nur zu fördern. Dabei ist in der gegenwärtigen Grünen Diskussion um die (vermeintliche) Alternative einer bedarfsorientierten Grundsicherung oder eines bedingungslosen Grundeinkommens die Sichtweise auf die „Bedingung“ der sozioökonomischen Subsistenz der Menschen alles entscheidend.

Die Praxis der gegenwärtigen Technokratie des Sozialstaates in Politik und Verwaltung gleicht zu großen Teilen einem (ordnungspolizeilichen) Ermittlungsverfahren. Ermittelt werden dabei weniger die Bedingungen sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Integration als vielmehr Motive, Anreize und Indizien bei den Menschen, die auf eine Aufnahme von Lohnerwerbsarbeit hinweisen könnten. Die grassierenden Umschreibungen von Hartz IV als „Ausschnüffelei“ oder als „offener Strafvollzug“ sind daher so abwegig nicht. Der Erwerbseinkommenslose wird tendenziell als Subjekt stillgelegt, unter Generalverdacht gestellt und als Normarbeitskraft im Wartestand, als Bedürftiger auf Bewährung definiert. Und dies bei Androhung des Entzugs der Bürgerrechte, deren ökonomischer Zirkulationswert auch verfassungsrechtlich abgesichert zur Zeit bei € 347,- + Mietkosten liegt. Dies ist die



weniger freundliche Variante der Legitimation durch Verfahren in der gegenwärtigen Sozialstaatspraxis. Die „freundlichere“, zunehmend auch von Grünen SozialpolitikerInnen bevorzugte Variante, definiert die Erwerbseinkommenslosigkeit als eine Art persönliche Behinderung, als defizitäre Verfasstheit des Einzelnen, die es sozial(staats-)pädagogisch zu behandeln gilt, in „Integrationsfirmen“<sup>20</sup> etwa oder in persönlicher Betreuung durch Fallmanager. Doch letztlich sind es auch in dieser Variante allein die € 347,- + Mietkosten, die den Übergang von „arbeitsmarktpolitischer“ Krankheit zur Gesundheit definieren.

Doch in den „Integrationsfirmen“ und vor den „Fallmanagern“ bewegt sich und sitzt heute nicht mehr nur eine potentielle „Arbeitskraft“, sondern der ganze Mensch samt seiner Subjektivität, das „nackte Leben“ (Giorgio Agamben)<sup>21</sup>, samt seiner Hoffnungen, Wünsche, Potentiale und Ängste. Darum ist unsere gegenwärtige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern Lebensverwaltung geworden, Existenz- und Menschenverwaltung, oder „Biopolitik“<sup>22</sup>, wie Michel Foucault bereits zu Beginn der gegenwärtigen Umbrüche in den siebziger Jahren voraussah. Wie so oft, ist es zuerst der ästhetische Zugang, die Wahrnehmung dessen, was dieser in seine ökonomischen Bedingungen eingebettete Sozialstaat aus den Menschen (auch optisch längst wahrnehmbar) macht, der zunächst vielleicht irrational erscheinen mag, der aber auch Widerstand und dann die Anstrengung eines neuen Verstehens hervorbringen kann.

## **VI. Paradigmenwechsel**

Ein Paradigma, so auch das gegenwärtig nach wie vor vorherrschende Paradigma der Lohnerwerbsarbeit im Mainstream der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, beruht in der Regel auf unausgesprochenen, intuitiven Einstellungen

der Wissenschaftler gegenüber den Gegenständen ihrer Forschung. Die Problemdefinitionen und –Lösungen erfolgen dann strikt auf der Basis dieses Paradigmas als Abarbeitung empirischer Forschung. Treten jedoch schwere Krisen wie die gegenwärtige auf, die innerhalb des geltenden Paradigmas nicht mehr gelöst werden können, tendiert die Wissenschaft dazu, dogmatisch am alten Paradigma festzuhalten und es zu ideologisieren (Paul Feyerabend).<sup>23</sup> Übergangsphänomene, die auf einen Paradigmenwechsel hindeuten, erscheinen dann als überwiegend irrationaler Vorgang, der den Charakter eines Glaubenskampfes annimmt (Thomas S. Kuhn).<sup>24</sup> Die Wissenschaftstheorie kennt dieses Phänomen längst (so lassen sich die Übergangsphänomene, die mit den Namen Kopernikus, Galilei, Darwin und Newton verbunden sind, sämtlich in diesen Begriffen von Paradigmenwechsel und Glaubenskampf beschreiben), doch leider noch nicht die meisten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler der Gegenwart.

Schwerwiegend werden solcherlei Paradigmenwechsel immer dann, wenn, wie im Fall der Sozial- und Wirtschaftswissenschaft, der Mensch der Gegenstand der Forschung und die Politik auf deren Ergebnisse angewiesen ist. Klammert sich die Wissenschaft dann an das Althergebrachte, wird mit dieser auch die Politik ideologisch und totalitär. Dabei sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass der Übergang in eines neues Paradigma immer nur im Moment des Übergangs als irrationaler Glaubenskampf erscheint. Im Nachhinein, aus der Sicht des dann neu gültigen und intuitiv akzeptierten Paradigmas, gibt es dann nichts Logischeres als den vollzogenen Paradigmenwechsel. Der Mensch glaubte nicht immer, dass die Erde um die Sonne kreist und er selbst vom Affen abstammt. Und so wird der Mensch auch nicht immer glauben, dass nur die Lohnerwerbsarbeit in abhängigen

Beschäftigungsverhältnissen allein die persönliche und gesellschaftliche Reproduktion garantiert.

## **VII. Soziale Sicherheit II**

Während der Mainstream in der gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft des Sozialstaates noch weitestgehend am alten Paradigma festhält und die allgegenwärtige Konzeptions- und Mutlosigkeit mit eher rhetorischen Beifügungen von Adjektiven wie „vorsorgend“, „aktivierend“ oder „ermutigend“ kaschiert, erscheinen erste Konzepte eines neuen Sozial(staats-)paradigmas tatsächlich als (noch) irrationale Forderungen, die dann auch nicht selten von Befürwortern wie Götz Werner mit einem geradezu historischen Pathos vorgetragen werden.

Doch geht es weder um eine Revolution, noch um eine Art gigantisches Gesellschaftsexperiment. Es geht schlicht um eine Evaluierung der Bedingungen der Möglichkeit der sozialen Sicherheit in den gegenwärtigen Transformationsprozessen der Wirtschaftsgesellschaft und um die erste Einsicht, *dass die bedingungslose Garantie der sozioökonomischen Subsistenz des Subjekts der erste Bedarf ist, der erfüllt sein muss*, um in Zukunft überhaupt noch die ökonomischen Grundlagen sozialer Sicherheit (re-)produzieren zu können. Die Ökonomie verlangt die Reproduktion freier Produzenten, den subjektiven Arbeitsinput des Individuums. Das Individuum seinerseits verlangt Sicherheit und die Demokratie verlangt eine Garantie der Bürgerrechte.

Sind die Gesellschaften als Ganzes in Produktion gesetzt (Produktion von allem durch alle) und verwandelt sich Arbeit weltweit tendenziell in gesellschaftliche Arbeit, so entstehen auch automatisch neue Ansprüche an die Demokratie. Tatsächlich jedoch entbirgt sich zur Zeit nur wieder eine

Konzeption von Demokratie, die nicht zufällig im Frühkapitalismus und in der Frühaufklärung, insbesondere von Spinoza, erstmals formuliert wurde, die der „absoluten“ oder „uneingeschränkten Demokratie“ (Regierung aller durch alle)<sup>25</sup>, die in einer globalisierten Welt von einer Schrittweisen Herausbildung eines *Weltbürgerrechtes* nicht mehr zu trennen ist. Darum zeichnet sich derzeit immer mehr ab, dass es weder eine ökonomische noch eine humane oder demokratische Alternative zu einem *garantierten Soziallohn*<sup>26</sup> gibt, gestritten werden kann und sollte allerdings auch über den Weg, der dorthin zu beschreiten ist.

Leider wird bei den Grünen zur Zeit eine Entwicklung forciert, in der die Diskussion um eine bedarfsorientierte Grundsicherung und ein bedingungsloses Grundeinkommen noch als (vermeintliche) Alternativdiskussion geführt wird.<sup>27</sup> Sicherlich ist diese Tendenz der Situation mitgeschuldet, dass die Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen in der Hauptsache aus der weitestgehend in den (Re-)Produktionsprozess gesellschaftlicher Arbeit eingebetteten Basis erhoben wird, während die Partei- und Fraktionsspitzen, die sich noch im institutionellen Kontext der Reproduktion des alten Sozialstaatsparadigmas bewegen, die bedarfsorientierte Grundsicherung dagegen stellen. (Noch) Verhindert wird dadurch die Entwicklung eines umfassenden Entwicklungsmodells, das uns Grünen wieder eine sozialpolitische Zielvorstellung zurückgeben und uns einen neuen emanzipatorischen und Schrittweise zu beschreitenden nationalen und internationalen Weg vorgeben könnte: Die Einführung eines Soziallohns, der die sozialen und ökonomischen Funktionen einer armutsfesten Grundsicherung und eines bedingungslosen Grundeinkommens in sich vereint. Wie in der Ökologie, wie in der In-Beziehung-Setzung des Menschen zu seinen natürlichen Lebensgrundlagen, ginge es dann für die Grünen auch in der Sozialpolitik um eine eigenständige Wieder-

aufnahme des Projektes der Aufklärung. Gleichwohl kann und darf ein neues Sozial(staats-)paradigma nicht in den Kategorien eines sozialen Nationalismus oder gar nationalen Sozialismus gedacht, vielmehr muss dieses im Kontext internationaler Entwicklungsperspektiven gesehen werden.

## **2. Teil**

### **Der Soziallohn und die Formulierung eines neuen grünen Sozial(staats-)paradigmas**

#### **I. Grüne Prinzipien und Ziele eines sozialen Bürgerrechtsvertrages**

##### **I.1 Soziallohn**

Jede(r) *StaatsbürgerIn* erhält qua *Rechtsanspruch* und ohne den Nachweis einer Gegenleistung an den *Staat* erbringen zu müssen von diesem einen *Soziallohn*. Der Soziallohn fungiert sozial als armutsfeste *Grundsicherung*, ökonomisch als bedingungsloses *Grundeinkommen*, kulturell als *Bildungsguthaben* und politisch als *Grundrecht*. Die Einführung des Soziallohnes erfolgt entweder als einmaliger oder als schrittweiser Akt der Rechtssetzungen eines zu entwickelnden *Weltbürgerrechtes* zwischen den BürgerInnen und ihren Staaten nach Maßgabe der politischen Verfasstheiten der Staaten sowie zwischen den Staaten untereinander.

**(Ziel: Der Soziallohn als Grundsicherung)** Der Soziallohn entzieht das sozioökonomische Existenzminimum des Menschen den Allokationen der binnenwirtschaftlichen und internationalen Märkte und überführt dieses in die Sphäre der *Bürgerrechte*, lässt aber die Steuerungsfunktion der Märkte oberhalb der Armutsgrenze bestehen.

## **I.2 Gemeinwohlorientierter Arbeitssektor**

Als komplementäres Element des Soziallohnes entwickeln und fördern die Staaten im einzelnen und untereinander einen *gemeinwohlorientierten Arbeitssektor* ohne Zwang.

**(Ziel: Der Soziallohn als Grundeinkommen)** Der gemeinwohlorientierte Arbeitssektor soll in Verbindung mit dem Soziallohn den BürgerInnen *Zugang* zu und *Teilhabe* an gesellschaftlichen Reproduktions- und Integrationsprozessen ermöglichen und die bestehenden ökonomischen Reproduktions- und Integrationssysteme der Arbeitsmärkte und öffentlichen Dienste als drittes Element ergänzen.

## **I.3 Öffentliche Bildung**

Als komplementäres Element des Soziallohnes und des gemeinwohlorientierten Arbeitssektors erhalten oder entwickeln die Staaten im einzelnen und untereinander für ihre BürgerInnen *frei zugängliche Systeme der öffentlichen Bildung*.

**(Ziel: Der Soziallohn als Bildungsguthaben)** Die frei zugänglichen Systeme der öffentlichen Bildung sollen in Verbindung mit dem Soziallohn den BürgerInnen *Zugang* zu und *Teilhabe* an kulturellen und ökonomischen Reproduktions- und Integrationsprozessen ermöglichen.

## **I.4 Bewegungsfreiheit**

Als komplementäres Element des Soziallohnes, des gemeinwohlorientierten Arbeitssektors und der öffentlichen Bildung entwickeln und fördern die Staaten im einzelnen und untereinander die Garantie der *Durchlässigkeit ihrer Grenzen* für ihre BürgerInnen sowie den inner- und zwischenstaatlichen Abbau von Schranken zwischen den gemeinwohlorientierten, öffentlichen und marktwirtschaft-

lichen Arbeitssektoren und den Systemen ihrer öffentlichen Bildung.

**(Ziel: Der Soziallohn als Grundrecht)** Die Förderung der Bewegungsfreiheit und der Abbau der Schranken sollen in Verbindung mit dem Soziallohn die allgemeinen Bürgerrechte in ein *allgemeines Weltbürgerrecht* überführen, dessen Garantie multipolar und staatsübergreifend Schritt weise entwickelt und gewährleistet werden kann.

## **II. Finanzierung, Höhe, Verhältnis und Angleichung des Soziallohnes**

### **II.1 Finanzierung des Soziallohnes**

Die *Finanzierung* des Soziallohnes erfolgt über die staatliche Erhebung von Steuern oder Abgaben auf Entnahmen aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess. Als Entnahmen gelten der Verbrauch von Gütern und natürlichen Ressourcen, sowie Vermögenseinkommen, Erbschaften und Kapitalerträge.

### **II.2 Höhe des Soziallohnes**

Die Festsetzung der *Höhe* des Soziallohnes erfolgt in den einzelnen Staaten dynamisch und nach den Maßgaben der dortigen politischen Verfasstheit und des jeweils dort zu ermittelnden sozioökonomischen Existenzminimums.

### **II.3 Internationales Verhältnis des Soziallohnes**

Die Feststellung des Vergleichs weisen *Verhältnisses* des Soziallohnes in den einzelnen Staaten, obliegt den Staaten, die den Soziallohn eingeführt haben, in bi-, bzw. multilateralen Abkommen oder in der Koordination von Staatengemeinschaften wie der Europäischen Union oder den Vereinten Nationen.

## **II.4 Finanzierung der internationalen Angleichung des Soziallohnes**

Die Aufgabe der Schrittweisen *Angleichung* des Soziallohnes obliegt den Staaten, die den Soziallohn eingeführt haben, in bi-, bzw. multilateralen Abkommen oder in der Koordination von Staatengemeinschaften wie der Europäischen Union oder den Vereinten Nationen. Die *Finanzierung der Angleichung des Soziallohnes* erfolgt über die Erhebung von Steuern oder Abgaben auf den Wirtschaftsverkehr dieser Staaten untereinander.

## **III. Finanzierung der öffentlichen Bildungssysteme**

### **III.1 Die Bildungssysteme als öffentliches Gut der Gesellschaft**

Die Finanzierung der öffentlichen Bildungssysteme muss, sofern diese noch auf der Besteuerung von Lohnarbeit und unternehmerischer Tätigkeiten oder auf Gebühren beruht, analog zu der des Soziallohns vollständig auf die staatliche Erhebung von Steuern oder Abgaben auf Entnahmen aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess umgestellt werden. Die Bildungsinfrastruktur ist dabei auszubauen und kostenfrei zu stellen. *Bildung als öffentliches Gut der Wissensgesellschaft* soll somit, verstanden als subjektive und objektive Bedingung der Möglichkeit des Zugangs zu gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen, der drohenden Verwandlung in marktfähige Eigentumstitel dauerhaft entzogen werden.

### **III.2 Der Soziallohn als Bildungsguthaben des/der Einzelnen**

In der Lebens- und Arbeitszeitorganisation der BürgerInnen fungiert der Soziallohn als *dauerhaft garantiertes Bildungsguthaben*, das die Erlangung von (Grund-)Qualifikationen in der Selbstorganisation und von (inter-)subjektiven Kompetenzen lebenslang ermöglichen soll.



## **IV. Durchlässigkeit der Grenzen, der Arbeitssektoren und der öffentlichen Bildungssysteme**

### **IV.1 Öffnung der Grenzen**

Hat ein Staat den Soziallohn für seine BürgerInnen als Bürgerrecht eingeführt, so verpflichtet er sich in bi-, bzw. multilateralen Abkommen oder in der Koordination von Staatengemeinschaften wie der Europäischen Union oder den Vereinten Nationen mit allen anderen Staaten, die den Soziallohn eingeführt haben, zu einer Schritt weisen *Öffnung der Grenzen* gegenüber allen BürgerInnen jener Staaten, die den Soziallohn eingeführt haben. Um eine ungesteuerte Auswanderung von ärmeren in reichere Staaten zu vermeiden, kann eine Mindestaufenthaltszeit definiert werden, nach der den sich in den Partnerstaaten aufhaltenden BürgerInnen der dortige höhere Soziallohn zusteht<sup>28</sup>, während der jeweils niedrigste Soziallohn allen BürgerInnen in allen Staaten, die den Soziallohn eingeführt haben, zusteht.

### **IV.2 Staatliche Öffnung der Arbeitssektoren**

Die Staaten, die einen Soziallohn und einen gemeinwohlorientierten Arbeitssektor eingeführt haben oder entwickeln, verpflichten sich zu einem Abbau von Schranken und Reglementierungen zwischen den marktwirtschaftlichen, öffentlichen und gemeinwohlorientierten Arbeitssektoren mittels einer Schritt weisen Überführung der Arbeits-, Beamten- und Zivilrechte in ein zu entwickelndes *allgemeines Arbeitsrecht* mit den Grundzielen der Freiheit der Arbeits- und Berufswahl und des Verbots der Zwangs- und Kinderarbeit.

### **IV.3 Zwischenstaatliche Öffnung der Arbeitssektoren**

Die Staaten, die einen Soziallohn und einen gemeinwohlorientierten Arbeitssektor eingeführt haben oder entwickeln, verpflichten sich in bi-, bzw. multilateralen Abkommen oder in der Koordination von Staatengemeinschaften wie der Europäischen Union oder den Vereinten Nationen ihre Arbeitssektoren gegenüber den BürgerInnen aller anderen Staaten, die einen Soziallohn und einen gemeinwohlorientierten Arbeitssektor eingeführt haben oder entwickeln, Schritt weise zu öffnen.

### **IV.4 Durchlässigkeit der Bildungssysteme**

Entwicklungen der Selbstorganisation von Bildung sind grundsätzlich zu fördern und die herkömmlichen Institutionen insbesondere der Erwachsenenbildung, etwa die der Kommunen und Gewerkschaften, gegenüber diesen durchlässiger zu gestalten. Auf die schwerwiegende institutionelle Krise unseres Bildungssystems muss so mit einer Öffnung der alten Institutionen reagiert werden. Die Vernetzung dieser Institutionen mit Formen der Selbstorganisation von Bildung kann durch den Soziallohn ermöglicht werden und soll so *subjektive Zugänge* zu den gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozessen der Wissensgesellschaft ermöglichen (*horizontale Öffnung*). Parallel hierzu ist die Schichten- und Klassendurchlässigkeit und somit das Paradigma der Selektionsorientierung des Schulsystems abzubauen und durch eines der *Integration* zu ersetzen (*vertikale Öffnung*). Schließlich ist eine zwischenstaatliche Öffnung der Bildungssysteme zwischen den Staaten, die einen Soziallohn und einen gemeinwohlorientierten Arbeitssektor eingeführt haben oder entwickeln, anzustreben (*transversale Öffnung*).

### **3. Teil**

## **Politische Perspektiven der Grünen**

### **I. Den Stein ins Rollen bringen**

Die Zeit, die uns bleibt. Der Titel dieses Textes ist durchaus im mehrdeutigen Sinne zu verstehen. Es ist zunächst die Zeit, die uns bleibt, den gegenwärtigen nationalen und internationalen politischen Strömungen, die auf die Transformationen der Marktsteuerung, der Produktion, der Arbeit mit zunehmend autoritäreren Konzepten reagieren, einen emanzipatorischen Horizont entgegenzusetzen. Jenseits ideologisierender Überhöhungen des Marktes und dessen „unsichtbarer Hand“<sup>29</sup>, die tatsächlich nur die bestehenden allokativen und hierarchischen nationalen und internationalen Marktstrukturen in ihrer menschen- und gesellschaftsverheerenden Wirkung legitimieren und verfestigen, und jenseits altlinker (Alb-)Träumereien von Verelendungstheorien und revolutionären Umbrüchen, geht es schlicht darum, in einer Zeit, in der das Kapital die Gesellschaft(en) im noch nie da gewesenen Ausmaß tatsächlich „nach seinem Bilde“ schafft, die in den Umbrüchen liegenden emanzipatorischen Potentiale zu identifizieren und zu befördern.

Die Zeit, die uns bleibt, ist darum auch das Potential der Lebenszeit, das in der augenblicklichen Transformation zur „Wissensgesellschaft“ und vom technisch-zivilisatorisch bedingten Produktivitätsfortschritt freigesetzt wird. Die Verwendung dieser Zeit, die „nicht mehr die Zeit der Verwendung“<sup>30</sup>, der rigiden Lebenszeitorganisation der überkommenen Industriegesellschaft sein wird, stellt sich nicht nur als gewaltiges gesellschaftliches und politisches Problem, sondern auch als eine einmalige Chance für die Politik dar, an der Seite ihrer BürgerInnen neue gesell-

schaftliche Zielvorstellungen zu formulieren, die über die (Menschen-)Verwaltung des gegebenen hinausgehen, eine Chance, die allerdings auch als Aufgabe ergriffen werden muss. Die Geschichte ist eben nicht zu Ende und die „Wissensgesellschaft“ eben nicht das allgemein gewordene und zu sich selbst gekommene Bürgertum. Im Gegenteil, die Dekommodifizierung und „Entkommodifizierung“ der Menschen durch den verallgemeinerten Markt und den ziellosen Staat schafft derzeit national wie international neue Eigentums- und Klassenverhältnisse.

Nicht zuletzt deshalb ist die Zeit, die uns bleibt, auch die Zeit, die den Grünen (noch) bleibt, auf den Grundlagen tiefgreifenderer Gegenwartsanalysen als in der Vergangenheit sowie unserer vier Säulen – ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei –, die parteiinternen Fehlentwicklungen seit der Regierungszeit abzurechnen und den Neuaufbruch zu wagen. Gemessen an den progressivsten Momenten der Neuen Linken, der Gesellschaftswissenschaften und der im Entstehen begriffenen globalen Zivilgesellschaft wird es ohnehin zunächst ein Aufholen sein.

Das hier im zweiten Teil in seinen Grundzügen formulierte (neue) Grüne Sozial(staats-)paradigma soll darum nicht nur bei uns einen Stein ins Rollen bringen. Der Soziallohn mit all seinen oben dargestellten ergänzenden Elementen kann und wird neue gesellschaftliche Eigendynamiken innerhalb einzelner Staaten und zwischen diesen entfalten, die geeignet sind, die schlimmsten Entwicklungen der Globalisierung unter kapitalistischen Regeln umzukehren: die Aushöhlung der Demokratie, bzw. deren Unterwerfung unter den Markt; den Nettokapitaltransfer von den armen zu den reichen Ländern des Erdballs, bzw. die globale Verfestigung von ausbeuterischen Markthierarchien; den beinahe überall zu beobachtende Rückfall in autoritäre Praktiken der Ver-

waltung und Verwendung „menschlicher Überschüsse“, der sich zunehmend wieder religiös, etatistisch, nationalistisch, ethnisch oder gar militaristisch zeigt.

*Die Rolle der Staaten in einer sich abzeichnenden postnationalen Konstellation wird hingegen die von Transformatoren sein müssen, wollen diese überhaupt noch eine positive Rolle spielen.*

So können etwa die für den Ausgleich des Soziallohnes zweier Staaten auf den Wirtschaftsverkehr dieser Staaten erhobenen Steuern die Funktion von Transformatoren eines globalen sozialen Ausgleichs spielen, da sie sich zwar der profitorientierten Interessen des Marktes und der internationalen Arbeitsteilung bedienen, diese aber in ein allgemeines Interesse der Gesamtbevölkerung überführen. Jener bereits von Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“<sup>31</sup> beschworene „Handelsgeist“ könnte so tatsächlich seine gegenwärtige äußerst fragwürdige (Selbst-)Zweckhaftigkeit verlieren und dem globalen Ziel des Friedens und des sozialen Ausgleichs untergeordnet werden.

Dabei, so utopisch es immer auch klingen mag, genügt ein Kern von zwei Staaten – z.B. Brasilien, dessen Parlament das Grundeinkommen bereits beschlossen hat, und etwa die Bundesrepublik oder Kanada –, die national und untereinander einen wie oben beschrieben Weg einschlagen würden, um den Stein ins Rollen zu bringen und so einen Prozess anzustoßen, der tatsächlich ein *politischer Prozess von unten* wäre, der aus der gegenwärtigen globalen Sackgasse einen Ausweg aufzeigen würde. Die immanente Logik der eben angedeuteten Prozesse mag erschreckend einfach sein, erschreckender noch ist hingegen die allgemeine Mutlosigkeit der „Politik“, diese offene Wette wirklich einzugehen und die stattdessen auf die (Selbst-)Entmachtung durch den Markt

mit marktdienlichen Eigenermächtigungen gegenüber ihren BürgerInnen reagiert. Aber gerade für uns Grüne wäre diese offene Wette jener „offenen Wette“ von Ralf Fücks<sup>32</sup> allemal vorzuziehen, die nichts weniger als eine bedingungslose Unterwerfung unserer Wertebasis unter die allgemeinen Bedingungen des Kapitals propagiert.

Dabei sollten wir uns nichts vormachen, es geht auch zunächst um ein Neuarrangement der Macht und damit um die Rückgewinnung des politischen Horizonts. Und auch wenn es zunächst nur um einen Ausgleich des destruktiven Widerspruchs der Interessen von Arbeit und Kapital gehen mag, am Ende kann es dann doch nur (wieder) um eine Aufhebung dieses Widerspruches gehen. Es ist das Kapital selbst, das in den derzeitigen Umbrüchen einen gigantischen und völlig neuen Widerspruch erzeugt: Die gesellschaftliche Arbeit in der „Wissensgesellschaft“ verlangt freie ProduzentInnen (gesellschaftliche ArbeiterInnen, ArbeitskraftunternehmerInnen ihrer selbst), die mit ihrer Subjektivität, Wissen, Kommunikation, Vernetzung usw. den abschöpfbaren Mehrwert frei generieren. Das Kapital kann deshalb die herkömmlichen Kontrollregime nicht mehr aufrecht erhalten. So steht es vor dem Problem, national wie international neue Kontrollregime einführen zu müssen, ohne sich dabei selbst die Basis zu entziehen. Es muss die neuen gesellschaftlichen, immateriellen, kommunikativen und vernetzten Arbeitsformen organisieren (kontrollieren) und zugleich das Subjekt als freien, räumlich und zeitlich flexiblen Produzenten erzeugen, zudem Wissensprodukte in simulierte Gütermärkte überführen und den informationellen Charakter des Wissens in Eigentumstitel verwandeln. Damit verliert es tendenziell die Demokratien als seine klassischen Verbündeten, jedenfalls dann, wenn diese Demokratien noch solche sein wollen. Nicht nur für die armen Staaten der Südhalbkugel, auch und gerade für die sozialstaatlich verfassten Demokratien der reichen

Nordhalbkugel verwandelt sich damit die antikapitalistische Forderung nach der Verallgemeinerung der Produktionsmittel in ein legitimes Recht ihrer BürgerInnen auf die Wiederaneignung ihrer selbst. Und ist gerade letzteres neben der Ökologie nicht einmal ein Hauptanliegen der Grünen Bewegung gewesen?

## **II. Die Grüne Multitude?**

Die Frage nach dem eigentlichen Subjekt von Politik stand zweifellos bereits zu Beginn der Grünen, als sich die Partei aus der neuen Linken und den neuen sozialen Bewegungen zunächst als „Anti-Parteien-Partei“ herausbildete, im Zentrum. Ohne hier die Geschichte der Bewegung und Partei noch einmal aufrollen zu müssen, kann dennoch gesagt werden, dass die Umwelt- und Naturschützer, die Feministinnen, die Friedensbewegten, die Post-Kommunisten und Öko-Sozialisten, die Atomkraft-Gegner, die Basisdemokraten usw. bei den Grünen stets eine heterogene „Menge der Vielen“<sup>33</sup> gebildet haben, deren Gemeinsamkeiten nicht nur negativ, als Absetzbewegungen zur vorherrschenden Gesellschaftsordnung verstanden werden sollte, sondern ebenso positiv, als ein sich von den herkömmlichen Parteien grundsätzlich unterscheidendes neues politisches Projekt, das zwar von der bestehenden Gesellschaftsordnung ausging, darin aber für eine Autonomie differenzierter sozialer und politischer Existenzweisen eintrat, die nicht mehr vollständig in der Einheit der höchsten Gewalt des Staates aufgingen.

Genau dies aber ist die Definition der *Multitude*, die im Gegensatz zu Thomas Hobbes' „Volk“ von Spinoza im 17. Jahrhundert als eigentliches politisches Subjekt des modernen Staates identifiziert wurde. Hat sich auch in der Geschichte der Nationalstaaten und des Kapitalismus Hobbes vereinheitlichende Vorstellung von „Volk“ und „Nation“ als

identitätsbildend durchgesetzt, so zeichnet sich im heutigen globalen Marktkapitalismus und der postnationalen Konstellation eine Rückkehr der Multitude ab. So schreibt der Philosoph Paolo Virno: „Bei Spinoza steht *multitudo* als Verweis auf eine *plurale Vielfalt*, die auf der Bühne der Öffentlichkeit, im kollektiven Handeln, in der Sorge um die gemeinsamen Angelegenheiten als solche bestehen bleibt, ohne in einer Einheit aufzugehen, ohne sich in einer zentripetalen Bewegung aufzulösen. Multitude heißt die soziale und politische Existenzweise der Vielen als viele: Es ist eine stabile Form, keine Episode und kein Zwischenspiel. Für Spinoza ist die *multitudo* der Architrav<sup>34</sup> der bürgerlichen Freiheiten. (...) Eine ganze Palette bedeutender Phänomene – Sprachspiele, Lebensformen, Ethiken, aus der materiellen Produktion heute erwachsende Besonderheiten – bleibt allerdings nicht oder kaum verständlich, solange man nicht von der Seinsweise der *Vielen* ausgeht.“<sup>35</sup> Die Grünen waren der parteipolitische Ausdruck der Rückkehr der Multitude in der Geschichte, die, um im Bild Paolo Virnos zu bleiben, den Architrav ihrer pluralen Vielfalt auf ihre vier Säulen – ökologisch, sozial, basis-demokratisch, gewaltfrei – zu stellen versucht haben. Die Grünen sind so stets immer auch Projektionsfläche und Selbstvergewisserung gesellschaftlicher Transformationen *für* die Gesamtgesellschaft, das parteipolitische Experimentierfeld der Politik gewesen.

*Darum auch konnten und können die Grünen nie „nur“ für sich selbst sprechen, sondern immer „nur“ für Bewegungen, Veränderungen, für ein Noch-Nicht.*

Und nur darum konnten sie relativ früh, als sich die gegenwärtigen Transformation noch kaum sichtbar abzeichneten, für das politische Projekt des Grundeinkommens eintreten, etwa, wenn Michael Opielka vor mehr als zwanzig Jahren bereits betonte, dass es dabei „um eine Entkoppelung von



Beschäftigung und materieller Reproduktion, um eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen für den Bereich der Sicherung der Teilhabe am ‚normalen‘ gesellschaftlichen Leben und damit um eine Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums“<sup>36</sup> geht.

Gerade heute aber, in einer Zeit, in der die Multitude einer globalen und postnationalen Zivilgesellschaft dieses Projekt wieder aufgreift, scheinen die Grünen der Gründergeneration seltsam irritiert, ja, geradezu ängstlich auf die Entwicklungen zu blicken. Der vielbeschworene „Weg durch die Institutionen“ befördert zweifellos, wie in der Einleitung bereits beschrieben, die *Korruption* gegenüber der *Generation*. Immer wieder angemahnte Eigenschaften wie „Regierungsfähigkeit“ oder „Umsetzbarkeit“ beschrieben aber bereits damals und beschreiben auch heute keine vermeintlichen „politischen Notwendigkeiten“, sondern bestenfalls institutionelle Erfordernisse. Tatsächlich geht es, wie eingangs betont, um einen Generationenwechsel, um die Frage, ob die Grünen *als* Partei ein Ein-Generationen-Projekt gewesen sein werden oder ein Projekt der *Generation*, der „Aktualisierung menschlicher Kooperation bei der Gestaltung von Geschichte“ bleiben. Darum liegen die politischen Perspektiven der Grünen heute wieder in den heutigen Perspektiven des Politischen, in jener von Paolo Virno beschriebenen „*plurale(n) Vielfalt*, die auf der Bühne der Öffentlichkeit, im kollektiven Handeln, in der Sorge um die gemeinsamen Angelegenheiten als solche bestehen bleibt.“

Die zu beobachtende Rückkehr der Multitude in der Geschichte erscheint im institutionalisierten Kontext einer auf „Regierungsfähigkeit“ oder „Umsetzbarkeiten“ eingestellten, normalisierten Partei zweifellos als Krisenphänomen. Aber gerade hier sollte sich die Partei einer zweiten Reflexionsebene nicht verweigern, da die Grünen hiermit

auch heute im Grunde genommen in der eigenen Krise nur die Krise der Gesellschaft widerspiegeln. Die Gefahr besteht heute folglich darin, dass die Partei dieses Wissen um sich selbst und der eigenen gesellschaftlichen Funktion verloren gibt, ein Wissen um einen Avantgardeanspruch, der nie nur eine Selbstdefinition der Grünen, sondern immer auch jene „Selbstvergewisserung gesellschaftlicher Transformationen für die Gesamtgesellschaft“ gewesen ist.

„Eine Partei“, so Ludger Volmer, hiermit die originäre politische Rolle der Grünen zusammenfassend, „die nicht bereit ist, sich Krisen auszusetzen, kann die Krisen der Gesellschaft nicht lösen.“ Und „den erfolgreichen Avantgardeanspruch aufgeben zu wollen“, so Volmer weiter, „um zum Management des politischen Normalvollzugs zu werden, läuft Gefahr, Identität und Motivation zu zerstören. Die Einbildung, die diffusen Vorstellungen des gesellschaftlichen Mainstreams besser einfangen zu können, als dies die Volksparteien vermögen, geht weniger von einer Avantgarde-, denn einer Elitentheorie aus, die nicht über alternative Politik- sondern über alternierende Personalangebote Wandel induzieren zu können meint (...). Doch bisher standen noch hinter jedem außenpolitischen Wandel die sozioökonomischen und politisch-kulturellen Interessen namenloser Massen.“<sup>37</sup>

Was Volmer hier im Kontext der Außenpolitik feststellt, gilt heute uneingeschränkt für die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik in der postfordistischen und postnationalen Transformation der Gesellschaft zur „Wissensgesellschaft“. Gegenüber dem Avantgardeanspruch der Partei und der daraus erforderlichen politischen Induktion des Wandels, stehen die „namenlosen Massen“, eben jene Multitude, die „Menge der Vielen“, die nach einer Sprache und einem politischen Projekt ihrer „sozioökonomischen und politisch-kulturellen Interessen“ sucht. In dieser Situation, gilt es heute

(wieder) einen Weg zu finden, „auf dem die Grünen aus der Sozialdemokratisierung und Technokratisierung zu befreien sind.“<sup>38</sup>

### **III. Abbruch**

Die gesamte Gesellschaft ist in Produktion gesetzt (1. Teil, III: Transformation in der Produktion); Arbeit, jegliche Arbeit, ist gesellschaftliche Arbeit (1. Teil, IV: Transformation der Arbeit); Akkumulation und Abschöpfung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums ist nur noch auf der Ebene der Gesamtgesellschaft möglich (1. Teil, II: Transformation in der Marktsteuerung). Die Konturen der kommenden „Wissensgesellschaft“ zeichnen sich heute als Krisenphänomene ab, als Krise der Arbeitsgesellschaft und ihrer Institutionen, die den Übergang noch unter den Bedingungen der Lohnarbeit vollzieht.

Verschwinden jedoch die qualitativen und Normen bildenden Differenzen zwischen Arbeitszeit und Nichtarbeitszeit, zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten, tendieren die Beharrungskräfte der fordistischen Lohnarbeit und des Arrangements der sozialstaatlich-keynesianischen Umverteilung zum Autoritären und zum Kommando. Für jegliche Politik, die sich in dieser Transformation noch als „Management des politischen Normalvollzugs“ versteht, besteht heute die Gefahr jene Beharrungskräfte institutionell zu verstärken, den alten Sozialstaat zugleich auszuweiten und umzudeuten<sup>39</sup>, ihn in einen biopolitischen Kontrollstaat zu verwandeln, der auf den Bahnen des gegenwärtigen Vergesellschaftungsschubes im Wandel zur „Wissensgesellschaft“<sup>40</sup> bis in die letzten Verästelungen der Lebens-, Produktions- und Arbeitsweisen seiner BürgerInnen eindringt. Die Hartz-Gesetzgebungen und ihr praktischer Vollzug bilden gewissermaßen die Folie, auf der sich eine un-

heilvolle Entwicklung in dieser Richtung abzeichnet. Hier verbinden sich die Beharrungskräfte der Paradigmen fordristischer Lohnarbeit und sozialstaatlicher Fürsorge und Lenkung (*workfare* statt *welfare*) und der (preußischen) Verwaltungsbürokratie erstmals in der Bundesrepublik zu einem Dispositiv<sup>41</sup> dieser „modernen“ Biopolitik.

Am Ende erweist sich darum der *new labour*-Kurs J. Fischers und die Orientierung der Grünen an einer ziel- und konzeptionslos gewordenen Sozialdemokratie<sup>42</sup> in der Regierungszeit als Sackgasse für die Partei. Doch Emanzipation verlangt ein Sich-Herausschälen aus den Gefängnissen der Vergangenheit, der Avantgardeanspruch keinen Anschluss an das Überkommene, vielmehr die Fähigkeiten abzuschließen und das vollkommen Neue zu identifizieren, es anzunehmen und gestalten zu können. Hieraus ergeben sich zweifellos eine ganze Reihe ernstzunehmender Schwierigkeiten für zukünftige Grüne Politik, denn jene politische Induktion des Wandels verlangt zunächst eine Selbstbefreiung aus dem Überkommenen, ohne die kein Avantgardeanspruch möglich ist und die zudem – in der Regel – aus einer Position heraus geschieht, die (noch) Minderheit ist. Die Verwunderung vieler Grüner heute, dass aus dem langen Kampf der Bewegung und Partei um die gesellschaftliche Hegemonie eines ökologischen Denkens heute zunehmend der politische Mainstream geworden ist, dieser Erfolg aber eben nicht dazu geführt hat, dass die Grünen zu einer „ökologischen Volkspartei“ geworden sind, zeigt, dass das Wissen um diese eigene originäre Rolle als politische Avantgarde zunehmend verloren zu gehen droht. Darum gilt es heute vor allem die eigene „Identität und Motivation“ auf breiter Basis zurückzugewinnen.

Vor allem die Fehlentwicklung einer Personalisierung Grüner Politik, das Sich-Einlassen auf eben jene Elitentheorie (vor allem in der Person Joschka Fischers), hat dazu geführt,

dass der Avantgardeanspruch der Partei, den emanzipatorischen gesellschaftlichen Wandel in den Staat zu tragen, zu einem staatstragenden Duktus zu verkommen droht. Tatsächlich brauchten die Grünen immer, um den Wandel in die Politik induzieren zu können, zunächst die Induktion des gesellschaftlichen Wandels in die Partei. Die kaum zu bestreitenden Erfolge der Grünen in der Regierungszeit vor allem in der Umweltpolitik sind letzten Endes Folge der Fähigkeit der Partei gewesen, den gesellschaftlichen Wandel aufzugreifen zu transformieren und aus einer Minderheitenposition heraus hegemoniefähig zu machen. Die grundsätzliche Offenheit der Partei in die Gesellschaft hinein war hierfür Grundvoraussetzung. Dort aber, wo Fehlentwicklungen stattgefunden haben, wurde der Avantgarde- in einen Elitenanspruch umdefiniert und die Induktion des Wandels von unten durch eine personalisierte Induktion des politischen Normalverzugs von oben in die Partei ersetzt. Die Grünen in der Regierungszeit sind zum Teil Avantgarde, zum Teil ein persönliches Projekt des „Staatsmannes“ Joschka Fischer gewesen. So wurden spätestens 1994 alle Diskussionen und programmatischen Ansätze eines neuen Arbeitsbegriffs und einer Entkoppelung von Arbeit und Einkommen von Fischer in der Bundestagsfraktion zum Stillstand gebracht und damit der Weg zur SPD und letztlich auch zu *new labour* und der heutigen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bereitet.

Ohne ein Abbruch dieser Entwicklung wird kein Neuaufbruch der Grünen mehr möglich sein, ohne eine Neuöffnung nach Außen, die auf die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache und eines gemeinsamen politischen Projekts der Grünen mit der Multitude einer im Entstehenden begriffenen „Wissensgesellschaft“ zielt, wird sich die Sozialdemokratisierung und Technokratisierung der Grünen Sozial- und Arbeits(markt-)politik in den Bahnen eines politischen

Normalvollzuges fortschreiben. Ohne eine Emanzipation aus den Fehlentwicklungen der Partei und des von ihr mitgeschaffenen Sozialstaates in seiner derzeitigen Ausprägung, werden die Grünen ihre Identität und Motivation als emanzipatorische Kraft verlieren und ins Reaktionäre abdriften.<sup>43</sup>

#### **IV. Öffnung**

Unsere politischen Institutionen und die Programmatiken unserer Parteien erzählen uns eine Menge darüber, was gewesen ist, aber nur sehr wenig davon, was sein wird oder sein könnte. Ebenso wird uns „die Logik des Kapitals (...) nicht sagen, wie einer seine Lebendigkeit verwirklicht“<sup>44</sup>, erst recht nicht unter den Bedingungen der gegenwärtigen Transformation zur „Wissensgesellschaft“. Die konkreten Formen also, die Staat, (Partei-)Politik und Kapital als politischer Normalverzug in Zukunft annehmen werden, erscheinen heute noch offen. Noch reagieren Staat, Politik und Kapital auf den Vergesellschaftungsschub mit einer Ausweitung ihrer selbst, mit verstärktem Zugriff auf die gesellschaftlichen (Re-)Produktionsprozesse. Auf das, was kommen wird, wird mit dem, was seit je her gewesen ist, geantwortet. Während das Kapital seine horizontalen Strukturen der Integration in den Markt ausdehnt und versucht Wissen und gesamtgesellschaftlich geschaffenen Mehrwert in marktfähige Eigentumstitel zu verwandeln, intensivieren Staat und Politik ihre vertikalen Hierarchien.

Beides erzählt uns nur wenig darüber, wie die Multitude im gegenwärtigen Vergesellschaftungsschub ihre eigene Lebendigkeit unterhalb der Zugriffe von Staat und Kapital verwirklicht. Gegenwärtig und gerade unter den Bedingungen des verstärkten Zugriffs tritt diese Lebendigkeit der Multitude beinahe ausnahmslos noch als Formen des Widerstandes in

Erscheinung. Gegenüber diesen Widerständen gilt es die Partei heute zu öffnen, denn diese sind es, die heute den eigentlichen politischen Wandel (wieder) induzieren. Denn so, wie zu Beginn der Bewegung und Partei es der gesellschaftliche Wandel und der institutionelle Widerstand gegen diesen Wandel gewesen sind, die das Programm der Partei eigentlich geschrieben haben, so ist es heute die „Bewegung der Bewegungen“, das im Entstehen begriffene Netz lokaler und globaler Zivilgesellschaften, das dieses Programm potentiell wieder schreibt.

Und auch wenn der gemeinsame Duktus der globalen Multitude, „die Welt (zu) verändern, ohne die Macht zu übernehmen“<sup>45</sup>, vordergründig dem antiautoritären Duktus der 68er der Gründergeneration nahe zu sein scheint, so hat sich doch eine grundlegende Verschiebung in den Machtverhältnissen ergeben, die zentral ist: unter den Bedingungen der „Wissensgesellschaft“ und den damit einhergehenden vernetzten und kommunikativen Arbeitsformen fallen ökonomische Produktion und gesellschaftliche Reproduktion tendenziell in eins. Eine Kapitalverwertungslogik aber, die kein Außen, keine Räume mehr kennt, über denen sie ihren „kalten Stern der Knappheit“ noch aufgehen lassen kann, muss sich nach innen ausdehnen und hiermit ihre eigene Basis angreifen, die kulturellen und natürlichen Reproduktionsprozesse, von denen sie lebt und die sie selbst nicht reproduzieren kann. „Die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ ist also deshalb heute möglich, weil ein Übergang in die „Wissensgesellschaft“ unter kapitalistischen Regeln prinzipiell ausgeschlossen scheint. Darum auch gibt es heute weder politische noch ökonomische Konzepte, die auf einen Systemerhalt zielen und die zugleich einen nachindustriellen und postfordistischen „Wissenskapitalismus“ *nicht* in Kategorien bereits vergangener Gesellschaften beschreiben, seien diese feudalistisch (Dienstbotengesellschaft), aristokra-

tisch (Elitengesellschaft) oder faschistisch (Kommando- und Kontrollgesellschaft). Für John Holloway bedeutet diese historische Perspektivlosigkeit des Kapitalismus, dass die Basis des Kapitals, die die globale Multitude *ist*, schlichtweg aufhören wird, den Kapitalismus zu produzieren um sich weiterhin selbst reproduzieren zu können.

Von der Fähigkeit, sich innerhalb des staatlichen „Institutionenkranses“<sup>46</sup> zu bewegen und dennoch gegenüber den „gegenwärtigen Lebensformen“ eine Offenheit zu wahren oder (wieder) herzustellen, um die „Grammatik der Multitude“<sup>47</sup> zu verstehen, wird es wesentlich abhängen, ob die Grünen in Zukunft überhaupt die „Staatsaufgabendiskussion in Richtung Wissensgesellschaft“<sup>48</sup> angemessen führen können werden. Und gerade weil der gegenwärtige Mangel an Anknüpfungspunkten<sup>49</sup> an die ursprünglich postfordistische Identität und Programmatik der Grünen darauf hindeutet, „dass offenbar erhebliche Wissensbestände geschichtlicher Art bereits entsorgt sind“<sup>50</sup>, ist die (Neu-)Öffnung der Partei in die Gesellschaft hinein eine Notwendigkeit geworden. Diese Öffnung ist keine hinreichende aber eine notwendige Bedingung für die Arbeit an Begriffen, mit denen wir die Transformationen erst begreifen können.<sup>51</sup>

Der Begriff der *Multitude* könnte einer der zentralen Begriffe werden, an denen entlang die Grünen in Zukunft ihre originären emanzipatorischen Vorstellungen für eine postindustrielle und postfordistische „Wissensgesellschaft“ entwickeln könnten.<sup>52</sup> Das Selbstverständnis der Partei als „moderne, emanzipatorische Linke“ würde ohne diese Arbeit am Begriff und die Öffnung auf die emanzipatorischen Bewegungen der Gegenwart hin, jegliche Bedeutung verlieren. Denn die Grünen, wie die Gesamtlinke heute überhaupt, finden sich im Umbruch zur „Wissensgesellschaft“ plötzlich in einer empirischen Wirklichkeit wieder, die Marx bereits im



„Maschinenfragment“ der *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie* mit dem Begriff des „*general intellect*“<sup>53</sup> zu fassen versucht hat: „Das abstrakte Wissen – in erster Linie also das wissenschaftliche Wissen, aber nicht ausschließlich – tendiert dazu, zu nicht weniger als zur wichtigsten Produktivkraft zu werden, während repetitiver und parzellierter Arbeit nur mehr eine Randstellung zugewiesen wird.“<sup>54</sup> Aber, „was im so genannten Postfordismus ins Auge springt, ist die vollkommene faktische Realisierung der von Marx beschriebenen Entwicklungstendenzen, allerdings ohne jegliche emanzipatorische Wendung.“<sup>55</sup>

## **V. Die emanzipatorische Wendung**

Die Grünen haben ihre Ideale nicht verraten. Vielmehr verrät uns die Geschichte der Grünen nach über einem viertel Jahrhundert sehr genau, welche emanzipatorischen Potenziale unsere Demokratie, Wirtschaftsweise und gesellschaftlichen Institutionen in sich tragen und welche nicht. Dass die Grünen, nach ihrer Entscheidung, sich aus der „revolutionaristischen Selbstisolierung“<sup>56</sup> zu befreien, in ihrer Entwicklung an Grenzen gestoßen sind, stellt mit Sicherheit einen Erfahrungs- und Erkenntnisgewinn für die heutige Multitude dar. Als „Projektionsfläche und Selbstvergewisserung gesellschaftlicher Transformationen *für* die Gesamtgesellschaft“ (3. Teil, II: Die Grüne Multitude?), tragen die Grünen im Übergang zur „Wissensgesellschaft“ heute „in der Tat in besondere Weise einen Machtkonflikt aus, der ein gesellschaftlicher geworden ist: den zwischen der Verwirtschlichung der Demokratie *oder* der Demokratisierung der Wirtschaft.“<sup>57</sup> In dieser Situation gilt es heute, nicht an jenen Grenzen halt zu machen, sich aus dem Fundus der Kostüme von Gestern zu bedienen und in diesen wieder einmal die Konflikte von Morgen auszutragen<sup>58</sup>, sondern anhand der gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse über die Grenzen unseres

politischen Normalvollzuges neue gesellschaftspolitische Zielvorstellungen zu formulieren.

Noch einmal: ohne eine (Neu-)Öffnung der Partei, ohne die Arbeit an neuen Begriffen, ohne eine Rückgewinnung der Durchdringungstiefe der Partei in die Gesellschaft hinein, ohne die Fähigkeit einer personellen, analytischen und programmatischen Erneuerung im Takt der gegenwärtigen Transformationen, werden es die erreichten Grenzen sein, die das zukünftige Programm der Partei schreiben und ihren langen Weg im Nachhinein entwerfen werden. Die Verantwortung der Grünen für die emanzipatorische Wendung der Gesellschaft bestünde heute folglich darin, die erreichten Grenzen in Frage zu stellen, hinter diese zu blicken und von den Grenzerfahrungen der Multitude zu lernen. Denn die Ansprüche nach einem sozialen Lohn, auf die Anerkennung gesellschaftlicher Arbeit, auf freien Zugang zu Bildung und Wissen, auf Bewegungsfreiheit, auf die Wiederaneignung ihrer selbst und des gesamtgesellschaftlich geschaffenen Reichtums, werden heute längst von der Multitude als emanzipatorische Antwort auf die Entgrenzungen der Märkte, der Arbeits-, Produktions- und Lebensweisen im Postfordismus und der postnationalen Konstellation formuliert.

Als sich der Parteivorstand im Frühjahr 2007 weigerte, die Friedensbewegung und den gemeinsamen Aufruf der Globalisierungskritiker gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm offensiv zu unterstützen, weil deren Formulierung von „einer auf Krieg gestützten Weltordnung“ als zu pauschal empfunden wurde, meldete sich auch eine Sprach- und Verständnislosigkeit zu Wort, die den gemeinsamen Erfahrungsraum der globalen Multitude jenseits der Grenzen des politischen Normalvollzug nicht (mehr) zur Kenntnis nehmen konnte oder wollte. Letzten Endes sprach hier auch eine reaktive Leugnung einer „neuen Weltordnung“<sup>59</sup>, die in Schaukämpfen

um die Definitionshoheit über das eigentliche Subjekt der Politischen heute den Verlust eigener Motivation und Identität im Festhalten am Elitendenken zu verdecken versuchte. Die Übergänge aber von der reaktiven Leugnung zum Reaktionären sind fließend, die implizit hinter dieser politischen Volte stehende Botschaft, eigentlich die „differenzierteren“ und „besseren“ Lösungen anbieten zu können als die globale Multitude, kann als Zeichen dafür verstanden werden, dass im Elitendenken der Grünen jenseits des immer auch parallel vorhandenen Avantgardeanspruchs, die parteiinterne Autokratie Fischers zur Zeit die aristokratische Verfallsform annimmt.

Dem entspricht eine mögliche dauerhafte Verfestigung des festzustellenden Verfalls basisdemokratischer Parteikultur. Dass von den Grünen im Laufe ihrer Entwicklung Elemente dieser Parteikultur wie das imperative Mandat, die Rotation und die Trennung von Amt und Mandat, aufgegeben wurden, mag durchaus auf deren Dysfunktionalität in einem vorgefundenen System zurückzuführen sein. Schwerwiegender aber wirkt die Tatsache, dass die Partei bis heute keine neuen Formen basisdemokratischer Repräsentation gefunden und sich stattdessen affirmativ in Strukturen eingerichtet hat, die für das repräsentative Parteiensystem der Bundesrepublik maßgebend sind: die Übertragung von Definitionshoheiten auf politische, ökonomische und wissenschaftliche Funktionseliten, die Einrichtung von hierarchisierenden Repräsentationsfiltern in den Parteien selbst, die über die Massenmedien vermittelte Fokussierung innerparteilicher Diskurse auf Mandats- und FunktionsträgerInnen, personelle Verflechtungen mit interessenbasierten Stiftungen und Initiativen in der bundesdeutschen „Beraterrepublik.“<sup>60</sup> Eine emanzipatorische Wendung und das Erreichen jener neuen „der Durchdringungstiefe der Partei in die Gesellschaft hinein“, setzt darum zunächst eine Revitalisierung der basisdemokra-

tischen Parteikultur voraus. Seit dem 15. September 2007, dem „Tag, als sich die Grünen neu zeigten“<sup>61</sup>, und auch seit Heilbronn<sup>62</sup>, wissen wir, dass dies sogar gelingen kann.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> André Gorz: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich 2004, S. 9.

<sup>2</sup> Dietmar Lingemann: Ökonomie (in) der Veränderung. Grundüberlegungen für eine neue Linke 4/2005, <http://www.gruene-linke.de/themen/oekonomie/index.html>.

<sup>3</sup> Vgl.: Michael Hardt / Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/M 2002, S. 377ff.

<sup>4</sup> Jean-François Lyotard: Postmoderne Moralitäten, Wien 1998, S. 174.

<sup>5</sup> Vgl.: Joschka Fischer: Die Rückkehr der Geschichte, München 2006.

<sup>6</sup> Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg 2004, S. 208.

<sup>7</sup> Vgl.: John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 2002.

<sup>8</sup> Vgl.: hierzu Heinz-J. Bontrup: Demokratisierung der Wirtschaft – Eine aktuelle Konzeption?, in: Heinz-J. Bontrup u.a., Wirtschaftsdemokratie – Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg 2006.

<sup>9</sup> Der *Fordismus* mit seiner Massenproduktion und -konsumtion stellte die Fabrik ins Zentrum der Industriegesellschaften. Verbunden mit dem *Taylorismus*, der wissenschaftlichen Betriebsführung, d. h. der Trennung von Hand und Kopfarbeit und der arbeitsteiligen Fließbandfertigung, erforderte der Fordismus eine bestimmte Art von Disziplinierung und (De-)Qualifizierung, die die Fabrik zum Urbild gesellschaftlicher Institutionen, wie der Schule, dem Gefängnis, der Kaserne usw. machte. Die Trennung von Arbeitszeit und Freizeit, die Regel- oder Inputsteuerung der Arbeitsprozesse, Mengenanpassungen über Massengüterproduktion und -konsumtion, eine entsprechende Lohnentwicklung (in der Höhe von Produktivitätssteigerung + Inflationsrate), für die sich die Gewerkschaften verantwortlich zeigten, sowie eine staatliche *keynesianische* Wirtschaftspolitik, die Nachfrage- und Investitionsschwächen kompensierte, sind die wesentlichen Merkmale fordristischer Gesellschaften. Mit der Schritt weisen Einführung des Toyotismus, des bei Toyota entwickelten Produktionssystems, begann der Umstellungsprozess auf die lernende Fabrik. Ziel- oder Outputsteuerung, Vermeidung von Lagerhaltung und Just-in-time-Produktion im Kundentakt, ein höherer Grad der Arbeitsautonomie in Gruppen und dem entsprechend eine höher Anforderung an die Qualifikation der Arbeiter, Flexibilität statt starre Produktionsabläufe, sind her typisch. Die toyotistische Serienproduktion verbindet sich heute mit einem ungleich höheren Grad von Rationalisierung, Computerisierung, und Informatisierung. Kon-

zeptionelle Tätigkeiten, Kommunikation und Distribution, Produktentwicklung und Marketing, treten heute an Stelle der Massenarbeit in das Zentrum der Produktion. Fertigende Tätigkeiten werden an zuliefernde Dienstleister ausgelagert, der eigentlich produktive Kern der Belegschaften besteht nicht mehr aus dequalifizierten Arbeitern, sondern aus Wissensarbeitern, deren Hauptarbeitsinput aus relativ autonomer Informationsverarbeitung und kultureller, kommunikativer und affektiver Kompetenz besteht.

<sup>10</sup> „In der Wissensökonomie enthält alle Arbeit, in der verarbeitenden wie in der Dienstleistungsindustrie, eine wachsende Wissenskomponente. Das Wissen jedoch, von dem hier die Rede ist, besteht nicht aus dem in Fachschulen erlernbaren, formellen Fachwissen. Ganz im Gegenteil: Die Informatisierung hat die nicht substituierbaren, nicht formalisierbaren Wissensformen aufgewertet. Gefragt sind Erfahrungswissen, Urteilsvermögen, Koordinierungs-, Selbstorganisations- und Verständigungsfähigkeit, also Formen lebendigen Wissens, die im Alltagsverkehr erworben werden können, die zur Alltagskultur gehören“ (André Gorz: Wissen, Wert und Kapital, a. a. O., S. 9). Dieses Wissen und die damit verbundene immaterielle Arbeit, die heute „die neue Dominante in der Wertschöpfungskette“ bildet, ist nicht zeitlich und örtlich isoliert am Arbeitsplatz erlernbar, sondern entsteht in kulturellen und sozialen Kommunikationszusammenhängen und Netzwerken (Vgl.: Carola Möller: Immaterielle Arbeit - die neue Dominante in der Wertschöpfungskette, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 235, 42. Jahrgang, Heft 2, 2000).

<sup>11</sup> Vgl.: hierzu Heinz-J. Bontrup: Demokratisierung der Wirtschaft, a. a. O.

<sup>12</sup> Insbesondere ausgeführt in den Analysen der Post-Operaristen, so in Michael Hardt / Antonio Negri: Die Arbeit des Dionysos – Materialistische Staatskritik in der Postmoderne, Berlin 1997 und Antonio Negri / Maurizio Lazzarato / Paolo Virno: Umherschweifende Produzenten - Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin 1998.

<sup>13</sup> Insbesondere Fritz Kuhn sieht fälschlicherweise in der politischen Herstellung der Dienstleistungsgesellschaft und von Flexibilität einen Königsweg. Vgl.: Fritz Kuhn: Nachrichten für Optimisten. Ein Buch vom Verändern und Bewahren, München 2003.

<sup>14</sup> Zum gemeinwohlorientierten Arbeitssektor vgl. das Thesenpapier von Dietmar Lingemann, <http://gruene-berlin.de/wirtschaft/papiere/Offensiven/Thesen%204.rtf>.

<sup>15</sup> Die heutigen Anforderungen an Qualifikation – wohlgerneht der Massenqualifikation – der Informationsverarbeitung, sozialen Kompetenz, Kommunikationsfähigkeit, zeitliche und räumliche Flexibilität, Motivation und Identifikation (mit dem Betrieb), sind im Prinzip nur in sozialen Netzwerken und kulturellen Zusammenhängen erlernbar. So entsteht für die heutige Arbeitsverwaltung das Paradox, dass einerseits die gesellschaftliche Integration als Integration in den „Arbeitsmarkt“ verstanden wird, andererseits aber dieser „Arbeitsmarkt“ zunehmend nur noch bereits vollständig

in kulturelle und soziale Netzwerke integrierte Arbeitskraft nachfragt, da die oben genannten Grundqualifikationen nur in solchen Netzwerken zu erlangen sind. (Vgl.: Carola Möller: Immaterielle Arbeit - die neue Dominante in der Wertschöpfungskette, a. a. O. und Paolo Virno: Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen, Berlin 2005).

<sup>16</sup> Vgl.: Frances Fox Piven / Richard A. Cloward: Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt, Frankfurt a. M. 1977.

<sup>17</sup> Es ist ebenfalls immer wieder festzustellen, dass auch in den an den Prinzipien der Subsidiarität und der Armenfürsorge ausgerichteten Kirchen die Bedenken gegenüber einer möglichen „Freiheit für die Kleinen“ überwiegen, vgl. etwa Matthias Zeeb vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Grundeinkommen: Das bedingungslose Grundeinkommen: nicht unbedingt eine gute Idee, [http://www.ekd.de/download/SI\\_070205\\_zeeb\\_bedingungsloses\\_grundeinkommen.pdf](http://www.ekd.de/download/SI_070205_zeeb_bedingungsloses_grundeinkommen.pdf).

<sup>18</sup> Vom 2/2007, [http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/168/168913.ergebnisse\\_der\\_evaluierung\\_sag\\_hartz\\_iv\\_l.pdf](http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/168/168913.ergebnisse_der_evaluierung_sag_hartz_iv_l.pdf).

<sup>19</sup> Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1986, S. 150.

<sup>20</sup> So etwa gefordert in einem internen Diskussionspapier der beiden Mitglieder der BAG Wirtschaft Christoph Erdmenger und Gerhard Schick, 2/2007.

<sup>21</sup> Vgl.: Giorgio Agamben: Homo sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben, Frankfurt a. M. 2002.

<sup>22</sup> Vgl.: Michel Foucault: Analytik der Macht, Frankfurt a. M. 2005.

<sup>23</sup> Vgl.: Paul Feyerabend: Wider den Methodenzwang, Frankfurt a. M. 1976.

<sup>24</sup> Vgl.: Thomas S. Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a. M. 1976.

<sup>25</sup> Vgl.: Baruch de Spinoza, Abhandlung vom Staate, Hamburg 1977 und ausführlich dargelegt in: Antonio Negri: Die wilde Anomalie – Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft, Berlin 1982, sowie: Paolo Virno, Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen, a. a. O.

<sup>26</sup> Der *soziale Lohn* ist, neben dem Weltbürgerrecht und dem Recht auf Wiederaneignung, die zentrale Forderung in Michael Hardt und Antonio Negris „Empire“. Dort heißt es: „Der soziale Lohn steht in erster Linie im Gegensatz zum familiären Lohn, dieser grundlegenden Waffe sexueller Arbeitsteilung. (...) So wie die Unterscheidung zwischen Produktion und Reproduktion verblasst, so schwindet auch die Legitimation für den familiären Lohn. Der soziale Lohn erstreckt sich über die Familie hinaus auf die gesamte Menge und sogar auf diejenigen, die arbeitslos sind, denn die gesamte Menge produziert, und ihre Produktion ist, vom

Standpunkt des gesellschaftlichen Gesamtkapitals aus betrachtet, notwendig. (...) Man kann deshalb nicht einmal mehr die Forderung nach ‚gleichem Lohn für gleiche Arbeit‘ unterstützen, denn Arbeit lässt sich heute nicht mehr individualisieren und messen.“ (Michael Hardt/Antonio Negri: *Empire*, a. a. O., S. 409f.). Bezüglich der Überwindung der sexuellen Arbeitsteilung und dem Grundeinkommen vgl. vor allem auch: Astrid Rothe-Beinlich: Anforderungen an Eigenständige Existenzsicherung aus frauenpolitischer Perspektive, 10. März 2007, Bundesgeschäftsstelle, Berlin, <http://gruene-berlin.de/site/fileadmin/grundsicherung/ATTO0786.pdf>.

<sup>27</sup> In dem von den Grünen NRW herausgegebenen Reader „Freiheit statt Vollbeschäftigung?“ etwa wird diese Diskussion ausschließlich als Alternativdiskussion „konstruiert“, [http://www.gruene-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/Gruene\\_NRW/Arbeit-Soziales/reader\\_grundsicherung/Grundsicherung\\_72dpi.pdf](http://www.gruene-nrw.de/fileadmin/user_upload/Gruene_NRW/Arbeit-Soziales/reader_grundsicherung/Grundsicherung_72dpi.pdf).

<sup>28</sup> Etwa so wie in Brasilien, wo der Grundeinkommensbezug nach fünf Jahren Aufenthalt eintritt.

<sup>29</sup> Wieder hervorgeholt von Fritz Kuhn, Gerhard Schick, Thea Dückert u.a. in dem AutorInnenpapier „Grüne Marktwirtschaft“ 11/2006, <http://www.fritz-kuhn.de/de/daten/gruene-marktwirtschaft.pdf>.

<sup>30</sup> André Gorz: Die verwendete Zeit wird nicht mehr die Zeit der Verwendung sein, in: *Libération* 1997, <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune12-97/AGORZ.html>.

<sup>31</sup> Vgl.: Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden*, Hamburg 1992.

<sup>32</sup> Vgl.: Ralf Fücks: Die Zukunft des Kapitalismus. Zur Vereinbarkeit von Kapitalismus, Demokratie und Ökologie, in: *Kommune*. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 3/2006.

<sup>33</sup> Vgl.: Michael Hardt / Antonio Negri: *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt/M 2004.

<sup>34</sup> Ein *Architrav* (von ital. Architrave aus gr. archi-: Ober-, haupt-, und lat. trabs: Balken) ist ein auf einer Pfeilerreihe ruhender, zum Gebäck gehörender Horizontalbalken.

<sup>35</sup> Paolo Virno: *Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen*, a. a. O., S. 8f.

<sup>36</sup> Michael Opielka: Vom Sozialstaat zum ökologischen Gemeinwesen. Für eine neue Sozialpolitik, in: Frank Beckenbach/Jo Müller/Reinhard Pfiem/Eckhard Stratmann: *Grüne Wirtschaftspolitik. Machbare Utopien*, Köln 1985, S. 210.

<sup>37</sup> Ludger Volmer: *Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis*, Münster 1998, S. 578, 588.

<sup>38</sup> Ludger Volmer in einer persönlichen Mitteilung an den Autor im April 2007.



<sup>39</sup> Gerade bei den Grünen besteht heute verstärkt die Tendenz, „Vater Staat“, das hierarchische Arrangement von Disziplinierung und Gehorsam, in „Mutter Staat“ umzudeuten, in das Arrangement eines umsorgenden Erziehens, das zum „gelungenen Leben“ seiner BürgerInnen beitragen soll. Beide Arrangements sind jedoch im gleichen konservativ-autoritären Duktus einer Politik verankert, die relativ vermittlunglos die Institution einer als normbildend verstandenen familiären Konstellation auf gesellschaftliche Institutionen überträgt. Letzten Endes läuft dies auf die hier angesprochene Elitentheorie der Politik hinaus. Die politische Klasse, zugleich (zumeist personalisiertes) Vorbild und Erzieher, formt ihre „Kinder“. In der Tat ist von der Parole der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – die Brüderlichkeit (Geschwisterlichkeit) die umstürzlerischste Forderung gewesen, sie zielte auf die Emanzipation der Kinder (des Königs), auf einen Ausgang aus der staatlich institutionalisierten Unmündigkeit und auf eine erwachsene Gesellschaft der Freien und der Gleichen.

<sup>40</sup> „Der Übergang von der ‚Industriegesellschaft‘ zur ‚Wissensgesellschaft‘ bedeutet eine Stärkung des Gesellschaftlichen, einen ‚Vergesellschaftungsschub‘ (J. Fischer). Denn Information, Kommunikation, Wissen existiert grundsätzlich nur gesellschaftlich, kollektiv, in Strömen, nie isoliert.“ Dietmar Lingemann: Neue Selbstbestimmung, Kultur der Selbständigkeit, Stärke des Individuums, <http://gruene-berlin.de/wirtschaft/papiere/Offensiven/Thesen%201.rtf>.

<sup>41</sup> Michel Foucault versteht unter einem Dispositiv „ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architektonische Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebensowohl wie Ungesagtes umfasst. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft ist“ (Michel Foucault: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin 1978, S. 119f.).

<sup>42</sup> Vgl.: Oskar Negt, Mensch oder Markt, in: *taz*, 21.04.2007.

<sup>43</sup> Tatsächlich tendieren Avantgarden, die sich zugleich als Eliten definieren, zum Totalitären und Reaktionären. Die „Partei als Vorhut der Arbeiterklasse“ ist hierfür ein zwar extremes aber auch idealtypisches Beispiel.

<sup>44</sup> Oskar Negt / Alexander Kluge: Geschichte und Eigensinn, Frankfurt a. M. 1981, Buchinnendeckel.

<sup>45</sup> Vgl: John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster 2002.

<sup>46</sup> Vgl.: Dietmar Lingemann: Zurückblicken, um nach vorne zu gehen, <http://gruene-berlin.de/wirtschaft/papiere/Zurueckblicken.htm>.

<sup>47</sup> Vgl.: Paolo Virno: Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen, a. a. O.

<sup>48</sup> Vgl.: Lisa Paus: Staatsaufgabendiskussion in Richtung Wissensgesellschaft, <http://www.gruene-berlin.de/wirtschaft/papiere/Wissensgesellschaft.htm>.

<sup>49</sup> Vgl.: Robert Zion: „Fischers gebrannte Kinder“, in diesem Band.

<sup>50</sup> Dietmar Lingemann: Zurückblicken, um nach vorne zu gehen, a. O.

<sup>51</sup> Zweifellos steht dem heute im politischen Normalvollzug zunehmend eine „Lustlosigkeit entgegen, die eigene Politik überhaupt auf den Begriff zu bringen. Aber, wer keine Begriffe hat, der kann auch nicht begreifen. Wer nicht begreift, kann Positionen nicht weiter entwickeln, sondern ritualisiert die alten.“ (Ludger Volmer in einer persönlichen Mitteilung an den Autor im April 2007).

<sup>52</sup> Vgl.: Frieder Otto Wolf: Haben wir es nicht auch etwas kleiner? Rückfragen zum überschwänglichen Projekt der Multitude, <http://www.friederottowolf.de/MultitudeFOW.pdf> und: Frieder Otto Wolf: „Empire“ oder was? Versuch einer Neuordnung der Debatte, in: Thomas Atzert/Jost Müller (Hg.): Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire, Münster 2004, S. 70-91.

<sup>53</sup> Vgl.: „Fischers gebrannte Kinder“: Anm. 1.

<sup>54</sup> Paolo Virno: Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen, a. a. O., S. 112.

<sup>55</sup> Ebda., S. 113.

<sup>56</sup> Vgl.: Frithjof Schmidt: Die Metamorphosen der Revolution, Frankfurt a. M. 1988.

<sup>57</sup> Werner Hager/Rüdiger Sagel/Robert Zion/Hubertus Zdebel/Jürgen Klippert: Grüne Wirtschaftsdemokratie statt der „unsichtbaren Hand des Marktes“, 04/2007, <http://wirtschaftsdemokratie.org/wp-content/uploads/2007/04/langfassung-gruene-wirtschaftsdemokratie.pdf>, S. 35.

<sup>58</sup> Etwa in den Kostümen der „sozialen Marktwirtschaft“ oder des „Ordoliberalismus“. Vgl.: Fritz Kuhn/ Biggi Bender/Matthias Berninger/Thea Dückert/Anja Hajduk/Brigitte Pothmer/Christine Scheel/Gerhard Schick/Margareta Wolf, Mehr-Wert. Grüne Marktwirtschaft, 11/2006, a. a. O. und Winfried Hermann/ Bärbel Höhn/Thilo Hoppe/Jens Kendzia/Markus Kurth/Jürgen Trittin/Barbara Unmüßig, Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt, 04/2007, [http://www.winnehermann.de/bundestag/papiere/070412\\_Mehr\\_als\\_Markt\\_lang.pdf](http://www.winnehermann.de/bundestag/papiere/070412_Mehr_als_Markt_lang.pdf).

<sup>59</sup> Imperial nach innen wirkend, statt imperialistisch nach außen, das Paradigma nationaler Verteidigung durch das globaler Sicherheit ersetzend. Vgl.: Michael Hardt/Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung, a. a. O.

<sup>60</sup> Vgl.: Werner Hager / Rüdiger Sagel / Robert Zion / Hubertus Zdebel / Jürgen Klippert: Grüne Wirtschaftsdemokratie statt der „unsichtbaren Hand des Marktes“, a. a. O., S. 32ff.

<sup>61</sup> Antje Vollmer aus der Charité Berlin in einer persönlichen Mitteilung an den Autor am 15. September, dem Sonderparteitag von Göttingen.

<sup>62</sup> Auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz in Heilbronn am im September 2007 beschlossen die Grünen in Baden-Württemberg das Grundeinkommen.